

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

29. Woche für die Zeit vom 14. bis 20. Juli 1905.

Posen, den 25. Juli 1905.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 150 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 16. Juli 1905:

Für das polnische Theater in Posen
sind gesammelt worden:

2500 Fres. bulgarische 6prozentige Anleihe
v. J. 1892.

2500 Fres. italienische 4prozentige immobile
Obligationen.

250 Rubel Warschauer 5prozentige Pfandbriefe.
Bank włościański (Bäuerliche Bank)
Dr. Buski.

Aus Nr. 160 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)

vom 15. Juli 1905:

A u f r u f
des Verbandsvorstandes der kaufmännischen
Vereine für das Deutsche Reich mit dem
Sitze in Hohensalza.

Geehrte Herren Kollegen!

In der vorigen Nummer des Przemyślowiec veröffentlichten wir unseren Bericht über unsere Tätigkeit im ersten Halbjahr. Gegenwärtig geben wir die weiteren Ziele des Verbandes bekannt, welche wir nach dem Maße des Wachstums und der Kräfte in die Tat umzuändern beabsichtigen, und welche auch der erste allgemeine Verbandstag polnischer kaufmännischer Vereine in Gnesen als erforderlich erkannt hat:

1. Errichtung eines Stellenvermittlungsbureaus, inmitten und durch Vermittelung der Vorstände der kaufmännischen Vereine, in dem Maße der Entwicklung der Verbreitung des Bureaus im ganzen Deutschen Reich.

2. Verwendung der Vorstände der kaufmännischen Vereine als Informationsbureaus in Bezug auf finanzielle Verhältnisse sowie bei der Gründung neuer kaufmännischer Unternehmungen.

3. Prüfung der kaufmännischen Meinung durch die Vorstände kaufmännischer Vereine in Angelegenheiten, die, sei es durch die Presse oder durch die Regierung, angeregt werden und die Kaufmannschaft interessieren, wobei es Pflicht der Vorstände sein soll, dieser Meinung in entsprechender Weise und an geeigneter Stelle Ausdruck zu verleihen.

4. Verständigung mit den Handelskammern und den Vorständen anderer kaufmännischer Vereine zwecks evtl. gemeinschaftlicher Aktion in allgemein kaufmännischen Angelegenheiten.

5. Ausübung von Einfluß auf die Unterbringung des Handelspersonals bei

fremden Großfirmen, zwecks weiterer Ausbildung junger Kräfte.

6. Berufsfrankenkassen als auch Unterstützungskassen für bedürftige Handlungsgehülfen und Kaufleute, sofern sie Mitglieder der kaufmännischen Verbandsvereine sind.

7. Ausübung von Einfluß auf die Gründung von notwendigen Großhandelsgeschäften bezw. Fabrikunternehmungen als auch Unterstützung der bereits bestehenden.

8. Gründung von kaufmännischen Banken, sofern sich die Volksbanken und andere nicht als ausreichend erweisen sollten.

Alle diese Ziele, und besonders einige der letztangeführten, lassen sich erst dann durchführen, wenn der Verband eine entsprechende Mitgliederzahl gewinnt, wie wir dies schon am 28. Mai d. Js. in Gnesen bemerkt hatten.

Daher wenden wir uns, geehrte Herren Kollegen, von dieser Stelle an Euch wiederholt mit der herzlichsten und dringenden Bitte, daß Ihr Euch an die Gründung neuer kaufmännischer Vereine heranmacht und sie dem Verbande anschließt.

Die Kollegen aus kleineren Städten mögen sich den Nachbarvereinen anschließen, und auf diese Weise Kreis- bezw. Gauvereine bilden.

Der erste von uns nach Gnesen einberufene kaufmännische Verbandstag hat es am besten bewiesen, daß wir das Bedürfnis nach einer Vereinigung fühlen, das Bedürfnis der Vereinigung in Vereinen unter einander, welche dem Verbande angehören und durch diesen organisiert worden sind, und daher müßten wir schon gegenwärtig die Trägheit und den Mangel des Glaubens an eigene Kräfte abschütteln und gemeinsam und einträchtig an die durch den Verband und den Verbandstag, bezeichnete Arbeit herantreten.

Lassen wir uns nicht dadurch abschrecken, daß der Anfang schwer ist, verschränken wir nicht verzweifelt die Hände, wissend, daß unsere Schar vorläufig gering ist, sondern arbeiten wir jeder, ohne nach links oder nach rechts zu schauen, mit Eifer und Ausdauer an der einmal vorgesteckten Aufgabe. Binnen Kurzem werden wir dann die überaus reiche Frucht unserer Arbeit sehen, und sie mit den uns weniger vertrauenden Brüdern teilen. Dann werden aber auch sie zweifellos den Glauben an die Kraft gemeinschaftlicher Arbeit finden und unsere Reihen füllen!

Um Euch, geehrte Kollegen, noch mehr für die Arbeit an der Entwicklung des kaufmännischen Verbandes zu erwärmen, dessen Notwendigkeit grundsätzlich alle erkennen, führen wir zur Anregung die Worte unseres größten Dichters an:

„Auch der ist glücklich, wer als Opfer seines Berufes fiel, wenn er durch den gefallenen Körper anderen eine Sprosse zur Erringung des Ruhmes dargeboten hat.“

Daher an die Arbeit zwecks Gründung neuer kaufmännischer Vereine und deren Anschluß an den Verband.

Ehre sei dem Kaufmannsstande!

W. Ozdowski, W. Piechocki,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 158 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)

vom 13. Juli 1905:

Unsere akademische Jugend.

Unsere polnische Jugend ist in den höheren Lehranstalten in ganz Deutschland in ansehnlicher Zahl vertreten. In Kurzem wird sie zur Ferienzeit nach dem Elternhause, zu den Verwandten oder Freunden zurückkehren.

Diese Zeit vertreibt sich unsere Jugend nach althergebrachter Weise durch Besuch von Nachbarn, oder als Sonntagsjäger in den Wäldern und Feldern, sie denkt aber garnicht daran, wie sie diese freie Zeit besser ausnützen könnte, um späterhin in der Tat die Anführer des Volkes zu werden und ihm mit unbeflecktem Herzen und klarem Verstande in seiner heutigen geschichtlichen Dunkelheit voranzuleuchten.

Um dies zu erreichen, müßte unsere akademische Jugend in der Ferienzeit bemüht sein, durch gemeinschaftliche Ausflüge unser Volk und seine Bedürfnisse näher kennen zu lernen, ihm öfters Ratgeber und Lehrer sein. Wenn sie auf diese Weise den Lichtstrahl nationaler Aufklärung sogar in unsere ärmsten Hütten tragen würde, dann würde sie in löblicher Weise zur Wiedergeburt unserer Nation beitragen.

Weshalb haben wir eine solch unerwünschte und unserer nationalen Sache schädliche Disharmonie zwischen unserer Intelligenz und dem Volke? Weil unsere höheren Schichten heute das Volk und seine Bedürfnisse und Bestrebungen nicht verstehen; das Volk aber gelangt dank der Schikanen der Haxatisten zur nationalen Aufklärung und schenkt unserer Intelligenz kein Vertrauen, indem es sieht, daß sich die Intelligenz gleichgültig und kühl den Angelegenheiten gegenüber verhält, welche schon den einfachen Menschen heutzutage warm interessieren.

Voran erkennen wir den größeren Teil unserer höheren Intelligenz, welche von dem deutschen Materialismus durchdrungen ist? Leider an der Ignoranz unserer lebendigsten nationalen Bedürfnisse. Unsere lernende akademische Jugend dürfte nicht vergessen, daß ihr äußerstes Ziel nicht nur die Gründung eines warmen häuslichen Heims oder einer guten Stellung ist, wie dies bei unseren Salonphilistern und gewöhnlichen Broteßern Sitte ist, sondern hauptsächlich auch die Arbeit an den Bedürfnissen unserer Gesamtheit, denn diese Gesamtheit sieht es auch als ihre heilige Pflicht an, die Fonds verschiedener Unterstützungs-Hilfsvereine zu unterstützen. Dies tat und tut immer noch die tschechische, akademische Jugend, und ihre Arbeit bringt dem tschechischen Volke überaus reiche Frucht. Dort besteht auch geistige Harmonie zwischen der Intelligenz und dem Volke und dort ist auch die Intelligenz ein natürlicher Volksvertreter.

Wie ist es bei uns? Mancher verweichelte „Junfer“ würde wohl sicherlich Schwielen an der Hand bekommen, wenn er die abgearbeitete Hand eines Bauern oder Arbeiters drücken sollte, und manche „Mama“ würde wohl nicht gestatten, daß ihr Söhnlein sich zum Volke herabläßt, denn es könnte sich bäuerische Sitten angewöhnen.

Daher kommt es auch, daß es unserer Intelligenz manchmal an Hingabe für Ideale, an Mannesmut im Handeln fehlt, daß sie sich infolge ihres ängstlichen Charakters irgend eine erträumte Abhängigkeit einredet, die so manchen wie einen Feigling in den äußersten Winkel treibt, damit ihn der Feind nicht an der nationalen Arbeit antreffe.

Jedes Beispiel kommt von oben; wie unsere Intelligenz ist, so wird auch unser Volk sein. Daher ist es die höchste Zeit, daß sich unsere akademische Jugend auf die Höhe ihrer Aufgabe stelle und den Zeitgeist zu erkennen suche.

Aus Nr. 160 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 18. Juli 1905:

Achten wir auf die Schreibweise unserer Zunamen!

Zu allen nationalen Geboten, die unsere Presse täglich wiederholt, müßte man den obigen Ausruf hinzufügen. Wie häufig kommt es nämlich vor, daß die Polen allzuwenig Gewicht legen auf die richtige Eintragung des Vor- und Zunamens eines neugeborenen Kindes sowie auf die Eintragung des Mädchens wie Familiennamens der Ehefrauen. Und so erkennt dieser Sohn oder diese Tochter den vom Vater, von der Mutter oder von irgend einer anderen Person — die die amtliche Geburtsmeldung vollzog — begangenen Fehler erst dann, wenn sie heranwachsen; dies läßt sich aber nicht wieder gut machen, denn die Eintragungen im Register des Standesamtes sind maßgebend.

Und daraus entstehen Mißbildungen, wie „Lorenzy“ „Aldalberty“ und verschiedene „lausy.“ Das Lesen solcher Vornamen bei polnischen Zunamen macht einen geradezu widerwärtigen Eindruck, teilweise sind aber nicht die Träger dieser Vornamen daran schuld, sondern ihre Eltern!

Fügen wir also unseren Kindern in dieser Beziehung kein Unrecht zu, lassen wir uns nicht das wegnehmen, was man uns bei allen jenen Ausnahmefällen nicht nehmen kann!

Wir wiederholen hier vielleicht zum hundertsten Male, daß der Standesbeamte den Vornamen polnisch, daß er den Zunamen der Mutter mit der Endung „ska“ oder „cka“ eintragen muß, wir müssen dies aber fordern, denn der Standesbeamte hat den Befehl von oben, die Zu- und Vornamen, soweit es möglich ist, zu verdeutschen, und nur auf ausdrückliches Verlangen soll er den Vor- und Zunamen richtig eintragen. —

Auf diesem Gebiete habe ich übrigens etwas ganz Neues bemerkt:

So werden unsere Zunamen seit einer gewissen Zeit nicht nur auf dem Standesamte, sondern bei jeder Behörde gefälscht. Vor mehreren Monaten wurde ich als Zeuge vernommen, und bei dieser Gelegenheit bemerkte ich, daß der Zuname einer Frau, — auch einer Zeugin — obgleich sie ausdrücklich gesagt hatte, sie heiße . . . ska, in das Protokoll . . . ski eingetragen und so verlesen wurde. Die Frau sagte darauf nichts, und in diesem amtlichen Protokolle wird sie für immer eine Frau mit männlichem Zunamen bleiben.

Schlimmer ist es, wenn das gleiche bei Kaufverträgen, Auflassungen geschieht, denn so werden unsere Frauen in die Grundbücher, mithin in Urkunden eingetragen!

Durch den vorerwähnten Fall belehrt, begann ich, die Sache zu kontrollieren, und ich überzeugte mich, daß dies systematisch, ständig geschieht! In

dieser Weise erfolgen die Eintragungen bei den Kommissariaten, bei der Polizei, bei den Landratsämtern usw. So werden Landsmänninnen in allen amtlichen Akten in Männer umgewandelt, sie verlieren die polnischen Zusätze bei den Buchstaben ł, ę, ż, Ń usw. Achtung also, Landsmänninnen! Ihr braucht euch vor nichts zu fürchten, wenn aber ein Beamter, sei es ein Gerichts- oder ein anderer Beamter, euren Namen falsch einträgt, so erhebet dagegen in höflicher, aber entschiedener Weise Einspruch. Der Beamte muß die Schreibweise ändern, und ich versichere euch, daß er (neben Haß vielleicht) Achtung vor euch empfinden wird, weil ihr eure, — schon nicht nur nationalen, — sondern geradezu von den Vorfahren ererbten schönen Zunamen zu verteidigen versteht.

Gryfita.

Aus Nr. 156 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 12. Juli 1905:

Hakatismus der Posener Stadtverordnetenversammlung.

Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung mit einer Stimme Mehrheit den Antrag des Magistrats, betreffend den Verkauf des städtischen Grundstücks Breslauer Straße 39, in welchem sich gegenwärtig Bureaus des Magistrats, des Kaufmanns- und des Gewerbegerichtes, sowie des städtischen Pfandleihamts befinden, an den Stadtverordneten Kaufmann Herrn K. Ignatowicz abgelehnt.

Wenn die Stadtverwaltung das Grundstück Breslauer Straße Herrn Ignatowicz hat verkaufen wollen, so hat sie dies nicht aus irgend welchem Wohlwollen getan, sondern sie hatte den großen Nutzen im Auge, den die Stadt durch diesen Verkauf würde erreicht haben.

Man muß nämlich wissen, daß das Herrn Ignatowicz gehörende Eckhaus Neue Straße—Alter Markt an dieser Stelle den Verkehr hemmt, und es liegt im allgemeinen Interesse, in erster Linie also in dem der Stadt, dies Hindernis doch endlich einmal zu beseitigen.

Über diese Angelegenheit ist bereits manchmal in der Stadtverordnetenversammlung debattiert worden, besonders als Herr Komendzinski das gegenüberliegende Eckhaus der Neuen Straße aufzuführen begann. Damals verlangten die deutschen hakatistischen Stadtverordneten durchaus vom Magistrat, ja, sie forderten sogar von der Regierung, es solle eingeschritten und Herrn Komendzinski verboten werden, weiter zu bauen. Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Wilms, hat damals den Herren erklärt, es lasse sich in dieser Hinsicht nichts machen, da Herr Komendzinski, nachdem er den Baukonsens erhalten, sich nach dem i. B. beschlossenen Fluchtlinienplan der Neuen Straße durchaus gerichtet habe. Doch werde man dem Übel auf die Weise abhelfen können, daß, wenn einst die gegenüberliegende Ecke des Herrn Ignatowicz werde bebaut werden, dieser Bau entsprechend werde zurückgerückt werden, so daß die Straße an dieser Stelle die erforderliche Verbreiterung erfahren werde.

Dieser Augenblick war gekommen.

Herr Ignatowicz hatte sich verpflichtet, zugunsten der Stadt von seinem Grundstück 30 Quadratmeter, das ist der Raum eines Geschäftslokals von einem jährlichen Mietertrage von 4000 Mark oder von einem kapitalisierten Wert von 38000 Mark, unentgeltlich abzutreten, mit dem Vorbehalt, daß die Stadt ihm ihr Grundstück in der Breslauer Straße, das an und für sich verkauft werden wird, abtrete.

Herr Ignatowicz verlangte von der Stadt keine Rücksichtnahme irgendwelcher Art, im Gegenteil, er bot einen weit höheren Preis als der wirkliche Wert beträgt.

Darum haben auch die freisinnigen Stadtverordneten mit Herrn Placzek an der Spitze und Deutsche, wie die Herren Jaekel, Herzberg, Asmus und andere, da sie den erheblichen, der Stadt erwachsenden Vorteil sahen, mit Rücksicht auf das steuerzahlende Bürgertum gern für den Antrag des Magistrats gestimmt, was hier mit Anerkennung hervorgehoben werden muß. Einzig die konservativ-hakatistische Partei hat politischer Zwecke halber zum Schaden der Stadt gegen den Antrag gestimmt. An der Spitze dieser Partei stehen städtische Beamte, welche durchaus eine Erhöhung ihrer Gehälter verlangen. Nicht genug also, daß diese Herren von den steuerzahlenden Bürgern verlangen, diese sollen für sie höhere Abgaben zahlen, setzen sie diese Steuerzahler noch großen Verlusten aus.

Denn es muß doch jeder Unparteiische zugeben, daß, sofern die Stadt materiell etwas profitiert, dabei auch mittelbar alle Steuerzahler gewinnen. So ist es also schon soweit gekommen, daß heut des Ehrgeizes der konservativ-hakatistischen Partei der Stadtverordnetenversammlung halber die ganze Allgemeinheit leiden muß und daß sie bestimmt für eine lange Reihe von Jahren wird Unzuträglichkeiten zu ertragen haben.

Angeichts dessen sollten alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität und des Bekenntnisses, die nicht den Grundsätzen des Hakatismus huldigen und einzig die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt berücksichtigen, protestieren. Eine solche Wirtschaft sollte aufhören.

Ebenso sollten Polizei und Regierung gegen solche Gelüste energisch einschreiten, ohne darnach zu fragen, ob das den Herren Hakatisten gefällt oder nicht, und sie sollten, koste es, was es wolle, die Stadt zwingen, Hindernisse zu beseitigen, welche die Bewohner einer beständigen Gefahr aussetzen, bis einmal ein furchtbares Unglück passiert sein wird. Die Polizei hat, da sie das bedrohliche Verkehrshindernis erkannt hat, an dieser Stelle am Alten Markt einen Doppelposten aufgestellt, der über die Sicherheit der Passanten wachen soll. Ob dies immer gelingen wird, ist eine große Frage.

Bei diesem ganzen Vorgang wundert allgemein das Verhalten des freisinnigen Stadtverordnetenvorstehers Herrn Justizrat Salz, welcher in dieser Sache die entscheidende Stimme zugunsten der Hakatisten abgegeben hat.

Es ist die höchste Zeit, daß unsre Volksgesamtheit derartige Vorgänge in Erwägung ziehe und nicht gestatte, daß man sie länger naschühre. Einige dieser Herren haben sich lediglich an polnischem Gelde bereichert; aber wenn sich Gelegenheit dazu bietet, daß einer unsrer Landsleute sich gleichfalls wirtschaftlich bereichern möchte, dann verhindert man das.

Unsre Volksgesamtheit sollte sich alles dies vergegenwärtigen und sich von demselben Grundsatz leiten lassen, ohne sich Täuschungen hinzugeben. Bisher hat jeder städtische Bürger ohne irgendwelche Einschränkungen beim Erwerb von Grundstücken solche gekauft und an den Meistbietenden verkauft, ohne je nach den politischen Überzeugungen des Interessenten zu fragen. Die Hakatisten haben es gegenwärtig dahin gebracht, daß man sich auch schon beim Verkauf von Häusern erst über die politischen Überzeugungen des Interessenten gut informieren wird, ehe man ihm Grundstücke verkauft. Werden vielleicht auch hier die Herren Hakatisten sagen, die Polen seien die ersten gewesen, welche eine derartige Taktik zur Einführung brachten?

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Hakatisten auch den Staatsfiskus dahin beeinflußt haben, daß beim Verkauf von Grundstücken, die durch die Beseitigung der Festungswälle gewonnen worden sind, kein Pole berücksichtigt werde.

Zu bedauern ist, daß unsre Stadtverordneten, die über diese Absichten wohl unterrichtet sind, sich nicht sämtlich in der Sitzung der Stadtverordneten eingefunden haben. Wie wir nämlich im Dziennik Półnanski lesen, fehlten in der erwähnten Sitzung die Herren Dr. Anton Chlapowski ohne Entschuldigung und Herr Stanislaus Offierski, der sich mit einer plötzlichen Reise entschuldigte. Dies ist hier zu berücksichtigen, da Herr Offierski fast niemals die Sitzungen verlassen hat und er außerdem in den einzelnen Kommissionen stets sehr tätig gewesen ist. Herr Dr. Chlapowski dagegen ist in den Sitzungen ein seltener Gast gewesen. Die Schuld fällt zum Teil auf das Wahlkomitee, das für die Stadtverordnetenversammlung solche Herren nicht aufstellen sollte, welche im Winter im Reichs- und Landtage sitzen, im Sommer im Bade weilen und in der freien Zeit zahlreiche andere Verpflichtungen haben.

Heut, wo der Hakatismus auch in dem Stadtparlament seinen Einzug gehalten hat, sollten wir einzig solche Stadtverordnete wählen, die stets auf dem Posten sein könnten. Es ist nämlich ziemlich oft vorgekommen, daß unsre polnischen Stadtverordneten, wenn sie sich vollzählig in den Sitzungen eingefunden hätten, mit ihren Stimmen schon manchmal zumungunsten der Hakatisten hätten entscheiden können. Darum sollten wir in die Stadtverordnetenversammlung nur unabhängige, intelligente, in der Arbeit beharrliche, aber auch nicht durch allzuviel andre Pflichten belastete Bürger wählen.

Aus Nr. 156 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 13. Juli 1905:

Gegen die polnischen Banken.

Wenn auch mit Entrüstung, jedoch ohne große Verwunderung nahm unsere Gesamtheit anfangs des Jahres 1904 die Kunde auf, daß den polnischen Lehrern und den Post- und Bahnbeamten verboten worden sei, ihre Ersparnisse in polnischen Banken niederzulegen. Sie mußten sich sogar mit persönlichem Nachteile darum bemühen, die bei diesen Banken aufgenommenen Darlehen zurückzuzahlen.

Dieses Verbot wird im Laufe der Zeit mit aller systematischen Sorgfalt durchgeführt, indem es auch in derselben Weise auf andere Beamten angewandt wird. Und so bringen wir in Erfahrung, daß der Direktor der Idiotenanstalt in Kosten, Sanitätsrat Dr. Dluhosz, in der verflossenen Woche sämtliche Beamten dieser Anstalt versammelt und ihnen aufgegeben habe, aus den polnischen Banken auszutreten und alle bei diesen Banken hinterlegten Ersparnisse herauszunehmen. Dies geschah in der Kanzlei des Direktors. Dieser Befehl bezieht sich nicht nur auf die Spar- und Darlehnskassen, sondern auch auf Genossenschaften nach Art der „Kółko“ usw. Diese Mitteilung ist ganz zuverlässig. Was sagen wir nun hierzu? Dieser Befehl soll angeblich „von oben“ ergangen sein. Dies bedeutet, daß dieser Befehl ein Akt „der Regierung“, eine neue gegen die Polen gerichtete Nadel ist. Gewiß würden die lautersten und feierlichsten Proteste gegen ein derartiges Verbot nichts helfen, aber einen solchen Vorfall dürfen wir nicht mit Schweigen übergehen.

Wir betrachten also dieses Verbot in erster Reihe als ein Eindringen in die persönlichen privaten Angelegenheiten der Beamten und zwar in Vermögens-

angelegenheiten, über welche freiwillig zu verfügen nach modernen Begriffen jeder Mensch das Recht hat. Es ist dies also eine Beschränkung der persönlichen Rechte dieser Beamten. Es besteht darin das öffentliche Streben, aus ihnen Werkzeuge der Germanisation zu machen, d. h. Mittel zum Kampfe gegen die Polen.

Welches Ziel darin steckt, brauchen wir wohl nicht erst lange zu erklären.

Eins müssen wir nur zum Nutzen unserer Gesamtheit hervorheben. Die Regierung glaubt wohl, daß das Zurückziehen von einigen oder mehreren Tausend Mark aus der polnischen Bank uns schwächen wird. Nein! Die Regierung irrt sich. Dies wird uns materiell nicht schädigen, moralisch aber wird er uns den Mut verleihen, daß alles, was wir auf wirtschaftlichem Gebiete erzielen, daß jeder ersparte Groschen — unser eigene Verdienst, unsere Arbeit sein wird. Dadurch wird das Gefühl der Selbstständigkeit unserer Gesamtheit gestärkt werden. Und das tut uns dringend not.

Aus Nr. 161 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 18. Juli 1905:

Parzellierungsbank in Kosten.

Von kompetenter Seite erhalten wir folgende Mitteilung:

Eine Parzellierungsbank zu Kosten gründete in diesen Tagen der Geistliche und Patron Wawrzyniak, und zwar als Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde einstimmig der rührigste Gutsbesitzer Reichstagsabgeordneter Herr Dr. Alfred v. Chlapowski auf Bonikowo gewählt, zweiter Vorsitzender wurde der ebenfalls sehr tätige Bürger und Kaufmann Herr Swoboda-Kaisertreu, Inhaber der hiesigen landwirtschaftlichen Bank, ferner wurden in den Aufsichtsrat gewählt die Herren Dr. Zawadzki, Arzt, Anton Rolinski, Mühlenbesitzer, und Matthias Jurga, ein aufgeklärter Wirt aus Pelikan.

Den Vorstand bilden die Herren Lopinski, Direktor, Hip. Brzezinski, Kassierer, und St. Mizzalski, Kontrolleur.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wie des Vorstandes bietet der Volksgesamtheit jegliche Gewähr, daß die Parzellierungsbank prosperieren wird, ohne die Kauflustigen auszubeuten; — sie kann dies auch nicht tun, denn die Dividende ist statutenmäßig von vornherein, und zwar auf 10%, beschränkt.

Die Parzellierungsbank können wir also allen von ganzem Herzen warm empfehlen, und es war auch die höchste Zeit, daß diese Bank gegründet wurde, denn in letzter Zeit gingen sogar 2 Wirtschaften in uns feindliche Hände über, nämlich: in Gorzyce verkaufte ein Pole 100 Morgen direkt an die Landbank, und in Kriewen verkaufte Herr Kurowiat 150 Morgen einem Juden, der die gleiche Befizung mit einem Verdienst von 5000 Mark der Ansiedelung abtrat. In einer Woche richteten also unsere Wirte 250 Morgen schönster polnischer Erde zugrunde.

Wir hegen die Hoffnung, daß von jetzt ab schon keiner unserer nächsten Kreise Wirtschaften an unsere Feinde verkaufen, sondern sie voll Vertrauen der Bank zur Parzellierung überlassen wird.

Der Bank aber erteilen wir den Rat, sich in jedem Dorfe wenigstens ein Mitglied zu besorgen, das gleichzeitig Vertrauensmann für die Bank wäre.

Zum Schluß bemerken wir, daß die Geschäftsanteile 500 Mark betragen und daß 50 Mark jedes Mitglied sofort einzahlen muß, den Rest kann es in jährlichen Raten zu 100 Mark abzahlen, mithin sind die Bedingungen auch für weniger Bemittelte günstig.

— (Auch wir begrüßen die Parzellierungsbank in Kosten mit aufrichtiger Freude. Wir freuen uns ganz besonders und betonen den in unserem Berichte ausgedrückten Grundsatz: daß die Interessenten nicht ausgebeutet werden sollen. Zwar meinen wir, daß dies nicht von der Dividende abhängt, ein öffentlich verkündeter Grundsatz aber verpflichtet öffentlich. Es kommt uns besonders darauf an, daß eine aus öffentlichen Geldern entstandene öffentliche Institution auch für das öffentliche Wohl wirken möge. In diesem Sinne begrüßen wir die Parzellierungsbank mit dem aufrichtigsten Wunsche guten Erfolges, wozu die Bedingungen im Kreise Kosten die besten sind! „Gott helfe!“ — Die Redaktion.)

Aus Nr. 158 des Lech (Gnesen)

vom 13. Juli 1905:

Von unseren Verhältnissen.

Über die Verhältnisse in Weissenburg haben wir schon wiederholt geschrieben und sogar der Redakteur unseres Blattes muß dafür ins Gefängnis spazieren, weil der Lech bemüht war, die Interessen der dortigen Bevölkerung zu verteidigen. Gegenwärtig wird uns geschrieben, daß in der Gemeinde Weissenburg große Entrüstung herrscht. Dort begann man mit dem Erweiterungsbau der Schule und zwar deshalb, weil für die handvoll evangelischer Kinder eine besondere Klasse erforderlich ist. Es ist sehr schön, daß die evangelische Regierung um die evangelischen Kinder besorgt ist, aber die katholischen Insassen der armen Gemeinde Weissenburg haben keine Veranlassung sich zu freuen, weil sie durch die Erweiterung der Schule große Lasten tragen müssen. Dies geschieht leider durch die Schuld des Schulvorstandes, welcher schon im Jahre 1900 beschlossen hatte, daß für die wenigen evangelischen Kinder, welche zur Gemeinde gehören, eine besondere evangelische Klasse errichtet werden soll.

Jetzt, wo der Bau begonnen hat, sehen die Mitglieder des damaligen Schulvorstandes ein, wie unklug sie gehandelt haben. Aber nicht genug damit; die Bromberger Regierung hat berechnet, daß die Hand- und Spanndienste 2500 Mk. betragen werden. Der Schulvorstand hat nun, anstatt sich mit der Viefierung der Arbeiten einverstanden zu erklären, beschlossen, daß das Geld aufgebracht werden soll. Die Leute sträubten sich und wollten nicht zahlen, daher war der Vollziehungsbeamte längere Zeit hindurch ein täglicher Gast in Weissenburg. Mit einer Besitzerin, die ihren Anteil nicht bezahlen konnte, hatte er sogar einen solchen Austritt, daß der Gemeindevorsteher einschreiten mußte. Die arme Frau verteidigte die Nähmaschine, welche der Vollziehungsbeamte mitnehmen wollte.

Das ist aber noch nicht alles. Jetzt verlangen sie 1600 Mark für Bänke, Zäune usw., woran augenscheinlich noch niemand gedacht hat. Die Ausgaben häufen sich für unsere arme katholische Gemeinde im Interesse der wenigen evangelischen Kinder so sehr, daß wir vielleicht noch an den Bettelstab gebracht werden. Das Allerjchlimmste ist dann aber noch das, daß sie von unseren schwer verdienten Groschen Kolonisten und andere Leute haben werden, die uns nichts angehen.

So viel schreibt uns unser geehrter Korrespondent. Wir bitten ihn um Entschuldigung, daß wir alles nicht genau wiedergeben, denn wir haben keine Lust, zu oft nähere Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt zu machen. Sehr oft kann sogar die Wahrheit den polnischen Redakteur vor die Gerichtsschranken führen, besonders wo die Rede von der Schule usw. ist. Es ist wohl

gewiß allen unseren Lesern in Weissenburg und Umgebung bekannt, daß das Gericht in Gnesen uns deshalb mit einer Strafe belegt hat, weil wir uns die große „Dreistigkeit“ erlaubten, über den Lehrer Walitschek in ironischem Tone zu schreiben, d. h. weil die Worte so gestellt waren, als ob wir über Herrn Walitschek spotten oder ihn in den Augen der Weissenburger herabsehen wollten. Solche Sachen ziemen sich in Preußen für ein polnisches Blatt nicht. Daher werden wir über die Lehrer stets in einem sehr ernststen Tone schreiben. Die geehrten Korrespondenten bitten wir aber, nur stets die reine Wahrheit mitzuteilen.

Es ist uns sehr unangenehm, daß sich auf die Gemeinde Weissenburg solche Lasten häufen, aber dies kommt daher, daß der Schulvorstand, welcher sich mit dem Erweiterungsbau der Schule einverstanden erklärte, augenscheinlich nicht das Bewußtsein hatte, was er tut, und welche Verantwortlichkeit er auf sich nimmt. Leider kommt die Reue zu spät, zumal da der Pole erst stets nach dem Schaden klug ist. Daher ist es notwendig, daß man darum bemüht ist, daß im Vorstände Leute Plätze einnehmen, welche ihre Rechte und Pflichten kennen, damit sie nicht zu ungunsten der Gemeinde arbeiten. Eine solche Aufklärung verbreiten unsere polnischen Blätter. Mögen daher die Weissenburger bemüht sein, daß in jedem Hause der Lech gehalten wird, und daß er dort die erforderliche Aufklärung verbreiten kann. Es ist besser, ein paar Groschen für ein Blatt auszugeben, als nachher schwere Taler zu zahlen. Dasselbe bezieht sich auch auf andere Gemeinden, welche dasselbe Los treffen kann, wie Weissenburg.

Unserem geehrten Korrespondenten und Leser in Weissenburg senden wir unsere Grüße.

Aus Nr. 160 des Lech (Gnesen)

vom 15. Juli 1905:

Anschlag gegen den polnischen Religionsunterricht in der Schule.

Aus Zydwowo (Kreis Gnesen (?) soll wohl heißen Kreis Wittowo. Red. d. Ges.-Überbl.) erhalten wir nachstehende Korrespondenz.

Hier in Zydwowo wurde vor sechs Wochen ganz unverhofft, inmitten des Quartals, ohne jegliche Anordnung der Regierung, mit der Erteilung der deutschen Katechismuslehre begonnen, und zwar auf Befehl des Kreisschulinpektors Herrn Bismarck aus Wittowo einstweilen in der ersten Klasse. Jetzt, am verflossenen Freitag, wurde sogar plötzlich mit der Erteilung der deutschen Katechismuslehre in der zweiten Klasse begonnen und es scheint, daß in einigen Wochen auch in der dritten untersten Klasse den kleinen Kindern werde befohlen werden, die biblische Geschichte in deutscher Sprache zu lernen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Herr Bismarck dies aus eigenem Antriebe tut, um der Regierung zu gefallen. Er schreitet langsam, vorsichtig, systematisch vor, um die Eltern nicht darauf aufmerksam zu machen, damit dieses nicht auffalle, bis schließlich in der ganzen Schule der Religionsunterricht unverhofft in deutscher Sprache erteilt werden wird anstatt — wie es in dem Plane verzeichnet steht — in polnischer Sprache. Die Eltern haben eine Beschwerde an die Regierung abgesandt, sind aber bisher ohne Antwort geblieben. Es muß den Eltern ans Herz gelegt werden, daß sie, was den Unterricht anbetrifft, die Kinder einzeln ausfragen und daß sie demnächst in Massen Beschwerden

bei der Königlichen Regierung einreichen, vielleicht aber auch noch weiter, nach Berlin.

Jener Inspektor geht langsam vor, denn er befürchtet im entgegengesetzten Falle ein zweites Breschen. Soweit teilt uns unser Korrespondent mit, dessen Befürchtungen wir vollständig teilen. Wir können alle überzeugt sein, daß die höhere Schulbehörde hinsichtlich der Einführung der deutschen Sprache bei dem Unterricht der erhabenen Wahrheiten unseres heiligen Glaubens den eifrigen Herren Inspektoren keine Hindernisse in den Weg legen wird. Daher ist es Pflicht der Eltern, darüber zu wachen, daß ihre Kinder in den unteren Stufen den heiligen Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten, was die Vorschriften zulassen. Überall wo die Schulinspektoren in ihrem Eifer die Germanisation bei Erteilung des heiligen Religionsunterrichts einführen werden, muß Beschwerde bei der Regierung geführt werden, wie dies in Bydowo geschehen ist. Gleichzeitig muß man über solche neue Anschläge auf die polnische Sprache in den Schulen den Blättern Mitteilung zukommen lassen, um dadurch die öffentliche Meinung in Bewegung zu setzen und damit unsere Abgeordneten in Erfahrung bringen, wie selbständig manche Beamten uns gegenüber verfahren. Es ist dies eine überaus wichtige Sache, denn es handelt sich ja hier darum, daß das polnische Kind diesen Unterricht, welcher die Grundlage für sein ganzes Leben sein soll, in polnischer Sprache überhaupt nicht erhält. Es ist doch bekannt, daß die in fremder Sprache gelehrtten Wahrheiten des heiligen Glaubens in das Herz des Kindes nicht eindringen, mithin kann ein solcher Unterricht keinen geistigen Nutzen bringen. Erst unlängst brachte der Przyjaciół Luda ein Beispiel, welches sehr deutlich beweist, daß der dem polnischen Kinde in deutscher Sprache erteilte Religionsunterricht nicht nur keinen Nutzen bringt, sondern direkt schädlich ist. Hier ein Beispiel: Ein Knabe, Sohn eines polnischen Bürgers in einem Städtchen, kommt aus der Schule nach Haus und lernt die Religionsaufgaben. Der Vater hört die wiederholt von dem Knaben gesprochenen Worte, welche sonderbar klingen und stellt an diesen die Frage, was er denn eigentlich lerne. Darauf antwortete der Knabe: Das weißt du nicht, Väterchen? Das sind ja die heiligen Sakramente: Erstens Taube, zweitens Firnis usw. Dank der neuen Lehrweise erdachte sich der Knabe zwei neue Sakramente!

Das arme polnische Kind, welches in der preussischen Schule erzogen wird, machte also aus den heiligen Sakramenten der Taufe und der Firmung — Taube und Firnis, weil es keinen Begriff davon hatte, was die mechanisch gesprochenen Worte bedeuten.

Das sind also die Erfolge des deutschen Religionsunterrichts und sie sind so abschreckend, daß jeder, sogar der gleichgültigste polnische Katolik darauf achten mußte, daß seinem Kinde nicht noch dieser Rest des polnischen Religionsunterrichts genommen werde, welcher ihm belassen wurde.

Aus Nr. 159 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 16. Juli 1905:

Czempin.

Die Generalversammlung des hiesigen „Vorschußvereins“ wird Sonntag, den 30. Juli d. Js., um 5 Uhr nachmittags im Saale des Herrn Wincent Szukalski stattfinden. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Direktors und die Ausschließung von Mitgliedern. — Es fällt uns auf, daß die Bekannt-

machung dieser Versammlung im deutschen Kreisblatte vom Geistlichen Nowakowski unterzeichnet ist. Da solche Bekanntmachungen gewöhnlich der Vorsitzende des Aufsichtsrates unterzeichnet, so dürfen wir annehmen — in der Bekanntmachung fehlt diese Angabe — daß der Geistliche Nowakowski Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Genossenschaft ist. Daraus folgern wir, daß sich der Aufsichtsrat ganz oder in der Mehrheit aus Polen zusammensetzt. Daher wird der Direktor dieser Genossenschaft sicherlich ebenfalls ein — Pole werden.

Aus Nr. 156 des Wielkopolanin (Posen)

vom 12. Juli 1905:

Schöffenwahl in Slesin.

Es ist wohl ein Unikum in dem ganzen Großherzogtum Posen und in einer so überwiegend polnischen Gemeinde, in welcher die Zahl aller Deutschen, sogar die Kinder in der Wiege eingerechnet, 40 beträgt, während die der Polen über 500 ausmacht, daß das Landratsamt nebst dem Kreisaußschuß es abgelehnt haben, die Wahl von unbescholtenen Männern zu Schöffen zu bestätigen, von Männern, für welche Alle, selbst der deutsche Schulze, gestimmt haben.

Im April wurden zu Schöffen in Slesin gewählt die bauerlichen Wirte Herren Andreas Rubera und J. Pazderski. Das Landratsamt versagte die Bestätigung. Bei der zweiten Wahl wurden gewählt die Herren Wirt W. Kawczynski und Bäcker Wojciechowski, — aber das Landratsamt weigerte sich hier wiederum, die Bestätigung zu erteilen. — Schreiben d. d. Bromberg 29. Juni. J.-Nr. 2315 C.

Wir bemerken:

1. daß Herr Kawczynski einstimmig gewählt worden ist, es haben ihm mithin wiederum sowohl der Ortschulze als auch die deutschen Gemeindeglieder ihre Stimmen gegeben, — gegen Herrn Wojciechowski war eine Stimme, die aber gleichfalls von einem Polen abgegeben worden ist;

2. Herr Kawczynski hat in früheren Jahren das Schöffenamt versehen, — aber was das kapitalste ist, er ist 16 Jahre lang Schulze in Slesin gewesen und hat dies Amt vor 2 Jahren freiwillig niedergelegt, und zwar hat er es zur allgemeinen Zufriedenheit verwaltet, — soweit, daß ihn, als ihm dies Amt schon überdrüssig zu werden begann und er es niederzulegen beabsichtigte, sogar solche amtliche Personen, wie der im vergangenen Jahre verstorbene Kommissarius Schmidt und der Kreisschulinspektor Maigatter aus Bromberg bewogen haben, es weiter zu behalten, da sie anerkannten, wie weit er in der Gemeinde das Einvernehmen aufrecht zu erhalten und alle Streitigkeiten zu vermeiden gewußt hat.

Und wirklich hat sich Herr Kawczynski, obgleich ihm die Sache durch manche Vorkommnisse zuwider war, bewegen lassen, das Schulzenamt weiter zu verwalten. Schließlich sah er sich gezwungen, es niederzulegen. Zum Weiteramtieren hat er sich nicht mehr bewegen lassen, und siehe, als jetzt die Angelegenheit der Schöffenwahl vorlag und als sich Herr Kawczynski erst durch allgemeines Drängen bewegen ließ, sich als Schöffenkandidat aufstellen zu lassen, wird er, der frühere Schöffe und Ortschulze, als unwürdig anerkannt, eine so hohe Würde, wie die des Gemeindeglieds, zu übernehmen. Die armen Slesiner wissen jetzt gar nicht, wen sie für dies Amt wählen sollen.

Was nämlich die sechs Deutschen betrifft, so wissen sie von einem bestimmt, daß er das Amt nicht annehmen wird, der zweite, der evangelische Lehrer, wahrscheinlich gleichfalls nicht, der dritte ist schon

Schulze, er kann also nicht Schöffe sein, die übrigen sind bäuerliche Wirte, die mindestens 2 Kilometer von Slesin entfernt auf den Abbauten wohnen, — sie ziehen es also schon aus für sie praktischen Gründen vor, einen Polen zum Schöffen zu haben, als daß sie einen aus ihrer Mitte wählen. Aber außerdem sind das Deutsche, welche die heutigen Verhältnisse nicht chauvinistisch betrachten. Sie halten sich an die Devise *Suum cuique* — Jedem das Seine! Sie möchten mit den Polen im besten Einvernehmen leben und die Polen mit ihnen. Bisher ist dies gelungen, — wenn aber in Zukunft diese Eintracht getrübt werden sollte, wer ist dann schuld daran?

Mit Hochachtung

Pfarrer Gryglewicz.

Wo derartige Verwaltungspraktiken auf dem Boden der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung bestehen, da muß man sich wundern, weshalb man die Komödie der freien Wahlen nicht kassiert hat. Wäre es nicht bequemer, Aussernehmen anzubefehlen, Schöffen zu sein, um nicht soviel Mühe zu haben mit der Veranstaltung und der Bestätigung der Wahlen?

Aus Nr. 81 der Gazeta Krotoszyńska (Krotoschin)
vom 16. Juli 1905:

Schildberg.

In der Versammlung der neugegründeten Genossenschaft „Kolnik“ wurden folgende Herren gewählt:

In den Vorstand: Johann Dirška, Ladislaus Gogolewski, Kasimir Szaniecki.

In den Aufsichtsrat: Dr. Zych, Dr. Hulewicz, Felix Wodniakowski, Stefan Marweg, sämtlich aus Schildberg; Dzwiecincki aus Dzwiecin; Geistlicher Hubert aus Mikorzyn; Kleinert aus Tokarzewo; Franz Koch aus Mojowo; Grassstein aus Ruznica stara.

Aus Nr. 7 des Sokol (Posen)

vom 1. Juli 1905:

Die Turntage und die Resolution.

Allgemein befürchtete man, daß das Hinüberleiten des polnischen Sokolstums im preussischen Landesteile in die neuen Bahnen, die ihm durch die Resolution der Delegiertenversammlung vom März gewiesen worden sind, nachteilig auf die Leibesübungen, auf die Gymnastik überhaupt und auf die Ganturntage im besondern einwirken werde.

Diese Befürchtungen waren jedoch bisher grundlos. In allen Gauen blüht gymnastisches Sokolleben, überall werden Vorbereitungen getroffen zu turnerischen Vorführungen, und wenn wir uns in unserem Organe in dieser Hinsicht auf ganz bescheidene Notizen beschränken, so wird jeder rechte und intelligente Sokol unsere Zurückhaltung nur loben. Je weniger das Organ schreibt, desto mehr arbeiten die Gausvorsitzenden und Ganturnwarte. Tatsache ist, daß die Programme der Übungen für die Turntage von 8 der 10 Gause seitens des Verbandsvorstandes und des technischen Zirkels bereits bestätigt worden sind; Tatsache ist, daß die Gausvorstände die Termine und die Orte der Ganturntage, ob diese nun mit oder ohne Beteiligung von Publikum stattfinden sollen, bereits angesetzt haben, und so mancher Kamerad zählt heut schon die Tage an den Fingern her, die ihn noch von dem Moment trennen, in welchem er im Schanturnen rühmlich wird hervortreten können. Vor zwei Jahren gestellten sich in 9 Gauen 800 Kameraden zu den Übungen; im Vorjahre konnten wir

beim allgemeinen Turntage in Posen, sowie in Schlesien und Westfalen einen Fortschritt in der Zahl auf fast 1200 Turner feststellen. Achten wir darauf, daß diese Ziffer sich nicht verringere! Das wird nicht geschehen, wenn jeder Gau im Gefühl der Solidarität möglichst viel Turner zu stellen suchen wird. Optimisten berechnen, daß in diesem Jahre etwa 1500 Kameraden oder der 4. Teil des polnischen Sokolstums in der Arena auftreten werden. Wenn wir doch keine Enttäuschung erleben.

Die von der Delegiertenversammlung angenommene Resolution hat bereits in vielen Vereinen eine praktische Wirkung gehabt, und unser von dem Verbandsvorsitzenden in der letzten Nummer veröffentlichtes ABC wird ohne Zweifel dazu beitragen, daß die erfreulichen Mitteilungen aus den Vereinen, betreffend die Umsetzung der in ihm enthaltenen Idee in die Tat, sich nach den beendeten Ganturnen noch mehren werden.

Es wurden in einigen Vereinen auch regelmäßige Kurse aus der Geschichte Polens eingeführt; — anderswo hält man Vorträge aus der polnischen Literatur und aus dem sozialen Gebiet; aus einigen Vereinen hat man uns gefragt, welches die besten Bücher für Kinder wären, mit einem Worte, es ist Hoffnung vorhanden, daß das gesamte Sokolstum im Laufe des Winters in neue Bahnen wird geleitet werden. Vergessen wir jedoch des polnischen Schreibunterrichts nicht!

Schämen wir uns nicht zu lernen! Fürchten wir uns vor der Behörde nicht! Erwachsene dürfen in einem Privathause, sogar in öffentlichen Lokalen zusammenkommen und wir dürfen gemeinsam korrekt polnisch schreiben lernen.

Der Verbandsvorstand bereitet für den Herbst eine neue Art Fragebogen vor, aus denen wir alle Mitteilungen über unsere Fortschritte auf diesem Gebiet schöpfen werden. Heute regen wir von neuem dazu an, die in der Resolution enthaltenen Beschlüsse auszuführen. Rotten wir die öde Schwägerei aus unseren Versammlungen aus, — beseitigen wir diese langwierigen, aufreibenden, ewigen Diskussionen über Vergnügungen, Bälle, Theater, und ersetzen wir sie durch Lesen, Vorträge, Gymnastik, oder sei es auch nur durch Gesang und Gespräche über lokale Angelegenheiten, über die Reichs-, Landtags-, Kommunal- und Krankenkassenwahlen.

Dort liegen Schätze verborgen, die für so manchen absolut unbekannt sind, und wir sollten uns doch schon von Jugend an zu bewußten, wackeren Bürgern herausbilden.

Möge keine unserer Monatsversammlungen von jetzt an vorübergehen ohne rechtschaffenen Nutzen für den Geist.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 81 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 8. Juli 1905:

Die „Grudziadzka“

hat den Pielgrzym wiederum in frecher Weise angegriffen. Anfangs wollten wir auf diese alten abgeklapperten Angriffe garnicht eingehen, doch hält es schwer, sie unbeantwortet zu lassen. Die Hauptursache, welche die Grudziadzka zu solchen nichtswürdigen Angriffen veranlaßt, ist der Meid darüber, daß sich unser Blatt immer mehr verbreitet. Die Grudziadzka wollte in Westpreußen regieren, sie wollte, wie eine graue Gans (?), die Provinz nach ihrer irrigen Auffassung bearbeiten, und da der Pielgrzym sie daran gehindert hat und noch hindert, daher die Wut der

Grudziöndzka. Wir werden sie nicht bekämpfen, sobald sie vom schlechten Wege auf einen guten Weg übergehen und für unsere Sache so nutzbringend wirken wird, wie sie es in der ersten Zeit nach ihrer Begründung getan hat. Die Grudziöndzka hat sich jedoch mit Hochmut aufgebläht und deshalb tritt sie heute noch verbissener wie je gegen alle auf, die ihre Ansichten nicht teilen. Wer furchtsam ist, der tritt zurück und besaßt sich mit der Arbeit nicht öffentlich — das ist aber ein großer Nachteil. Wir gehören nicht zu diesen furchtsamen Leuten, und deshalb werden wir nicht eher ruhen, als bis in Westpreußen im polnischen Lager Ruhe herrscht, als bis die Grudziöndzka mit ihren Händeln und Streitigkeiten aufhört.

Zur Arbeit für das Wohl unserer von allen Seiten verfolgten polnischen Nation sind alle gutwilligen Leute berufen, ob sie nun reich, arm, gelehrt, oder einfach sind, sowie alle polnischen Zeitungen. Der Bielgrzym will die Provinz garnicht so bearbeiten, wie es die Grudziöndzka tun wollte, sondern der Bielgrzym will nur einzig und allein, daß im polnischen Lager Gehorsam und Einmütigkeit herrsche. Man muß das polnische Volk nicht mit Schmeicheleien demoralisieren, sondern man muß ihm erhabene Gefühle, eine heiße Vaterlandsiebe einflößen und es nicht zu persönlichen Zwecken ausbeuten.

Elender Ehren willen wurden schon im früheren Polen häßliche Kriege geführt — und um dieser elenden Ehren willen werden noch heutigen Tages widerwärtige Kämpfe geführt, worüber sich die Feinde des Polentums freuen. Wenn früher irgend ein unfähiger Mensch Wojewode oder sonst ein höherer Beamter werden wollte, so hezte er das Volk auf, bestach die Leute, damit sie sich für ihn verwendeten — und ähnlich geht es auch heute zu, wenn ein unfähiger Mensch meint, er sei zum Volksleiter berufen. Das darf aber nicht vorkommen. Von diesen Fehlern muß das polnische Volk doch einmal gesunden, denn sonst werden uns unsere Feinde niemals achten. Ähnlich verhält es sich mit der **Gazeta Grudziöndzka, deren gegenwärtiger Redakteur ein vollständig entgleister Mensch ist.** Und solch einem Menschen vertraut Herr Rulerski die Verteidigung des polnischen Volkes an — und solch ein Mensch wagt es, den Bielgrzym und verdiente Leute mit Schmutz zu bewerfen. Dieser Mensch reißt von Zeit zu Zeit ohne jede Ursache die polnischen Priester herunter — diejenigen polnischen Kaplane, denen er seine Bildung verdankt, an die er vor nicht langer Zeit Bettelbriefe gesandt hat, damit sie ihm Geld und Wein schicken und auch die Rechnungen seiner Schneider bezahlen, bei denen er seine Anzüge hat fertigen lassen. Entgleiste Menschen sind gewöhnlich schamlos und undankbar. Dasselbe kann man auch von diesem Menschen sagen, der in so frecher Weise den Bielgrzym und die polnischen Priester angreift. Er wagt es sogar, an Nehwald (?) zu erinnern er, der

O, es ist sehr böse; wenn ein solcher Mensch das Volk leiten will, — dann führt er das Volk immer auf Abwege.

Schließlich hat sich die Grudziöndzka herbeigelassen, einmal zuzugestehen, daß schon früher Konkurrenzkämpfe geführt worden seien, die sie offenbar sowohl jetzt wie damals geführt hat — sie will aber nicht zugeben, daß sie sich mit allen anderen polnischen Zeitungen in Westpreußen gezaunt hat. Nach dem Tode des früheren Besitzers des Bielgrzym ließ sich die Grudziöndzka auch herbei, anzuerkennen, daß der Bielgrzym früher unabhängig gewesen wäre. Wir stellen fest, daß, solange der verstorbene Eduard Michalowski Besitzer des Bielgrzmys gewesen ist, er von der Grudziöndzka und von der Torunska in derselben nichtswürdigen Weise

bekämpft worden ist, wie es heute geschieht. Davon hat der frühere Besitzer mitunter tränenden Auges erzählt — und es zeugen davon auch die alten Jahrgänge der genannten Zeitungen, die wir vor kurzem durchgesehen haben. Wenn die Grudziöndzka und andere früher wegen der Quälerei des kranken Menschen und seiner Zeitung straflos ausgegangen sind, so wird ihnen das heute nicht mehr gelingen — der heutige Bielgrzym schüttelt sich mit Leichtigkeit alle Angreifer ab.

Wir erinnern auch daran, daß noch zu Zeiten des Herrn Milski die Grudziöndzka gegen die Gdanska geradezu in schmutziger Weise vorgegangen ist und ihr geschadet hat wo sie nur konnte; ebenso wollte die Grudziöndzka auch den Bielgrzym, den Przyjaciół, die Gazeta Olsztynska und die Gódzienna verschlingen. Zur Vernichtung der Gódzienna (d. h. der Gazeta Torunska — die Red. d. Ges. überbl.) hat sie sogar den berüchtigten Dziennik Grudziöndzki gegründet — ihr Ziel hat sie aber nicht erreicht, denn der Dziennik hat kurze Zeit nach seiner Gründung sein elendes Leben beschloßen. Wir waren mit dem früheren Redakteur der Gazeta Gdanska nur über die Worte des Galilei „E pur si muove“ anderer Meinung. Ein anderer Streit ist nicht vorgekommen.

Wie weit der Neid der Grudziöndzka geht, erhellt schon der Umstand, daß sie den Verlegern des Bielgrzym die paar elenden Prozent Dividende nicht gönnt. Aber wieviel Prozent nimmt Herr Rulerski von der Grudziöndzka, und was macht er mit diesem Gelde? Na, er fährt von einer Großstadt zur anderen oder sogar nach dem Süden und dort vergendet er das Geld, an dem der blutige Schweiß der Arbeiter haftet.

Merkwürdig ist der Wunsch des Graudenzer „Einfaßtspinjels“ (gemeint ist die Gaz. Grudz. — d. Red. d. Ges. Ab.), daß sich der Bielgrzym nicht mit öffentlichen, sondern ausschließlich mit religiösen Angelegenheiten befassen möge. Ja, ja, wir glauben es, daß das der Grudziöndzka sehr gefallen würde, namentlich deswegen, damit sie so wie eine graue Gans wirtschaften und die Provinz „bearbeiten“ könnte. Darauf erwidern wir der Grudziöndzka, daß wir diesen ihren Wunsch nicht erfüllen werden.

In der Mappe für die Grudziöndzka befindet sich noch viel Material, doch vorläufig bringen wir nur die den St. Brunoverein in Lembork betr. Angelegenheit zur Sprache, den Herr Rulerski furchtbar angeführt hat. Wir haben darüber unter der Spitzmarke „Ein schlechtes Licht“ (siehe vorige Nummer des Gesamtüberblicks) geschrieben.

Die Grudziöndzka greift auch unsere Agenten an. Möge die Grudziöndzka nur auf ihre Agenten acht geben, von denen sich besonders einer unterwegs derart benimmt, daß sie ihn mitunter mit dem Besen aus den Häusern vertreiben. Der gegen uns gerichteten Verleumdungen wollen wir garnicht Erwähnung tun. Die Grudziöndzka hat immer den lieben Gott auf der Zunge — aber in ihrem Herzen befinden sich böse Geister.

Nichtswürdig verfährt die Grudziöndzka auch, wenn sie den Leuten einredet, daß es der Bielgrzym mit unseren Feinden halte. Die Grudziöndzka weiß sehr wohl, daß das nicht der Fall ist, sie weiß sehr wohl, daß der Bielgrzym wegen seiner eifrigen Verteidigung der Rechte des polnischen Volkes in kurzer Zeit einige Prozesse gehabt hat und ein Prozeß schwebt noch. Davon erwähnt aber die pharisäische Grudziöndzka niemals etwas.

Aus Nr. 154 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 9. Juli 1905:

Von der Redaktion.

An 2. Der Pielgrzym ist wohl das Organ dieser Handvoll Geistlichen, **die das Wechselrecht besser kennen, als die Theologie.** übrigen gehören zur Genossenschaft Branntwein-Produzenten und -Verkäufer, so daß man den Pielgrzym auch mit demselben Rechte das Organ der Gastwirte und Destillateure nennen könnte.

Der Pielgrzym fragt uns an, „welcher seiner Besitzer der größte Säuer sei“. Die Herren kennen sich doch jedenfalls am besten und sie könnten doch durch Abstimmung in der Generalversammlung entscheiden, wem das Szepter des „Bierkönigs“ gehört.

Die Scheere klappert!

Auf die Drohung, daß Herr Kulerski dem Wiarus Polski Konkurrenz zu machen beabsichtigt, haben wir erwidert, daß Herr Kulerski zu diesem Zwecke keine aus der Druckerei des Wiarus Polski unrechtmäßiger Weise entnommene Adressen verwendet. Der Pielgrzym hat das auf sich bezogen und gibt zu, daß er sich Mühe gegeben habe, dem Wiarus Polski Konkurrenz zu machen, aber er schwört darauf, daß er die Adressen ausschließlich einem deutschen Buche entnommen hätte. Es ist nur schade, daß er nicht hinzugefügt hat, woher er von dem Vorhandensein dieses Buches und daß man es verwenden darf, um dem Wiarus Polski Konkurrenz zu machen, gewußt hat. übrigen, wer selbst in solcher Weise dem Wiarus Polski Konkurrenz macht, der darf Herrn Kulerski dieser Absichten wegen nicht anklagen, denn das erinnert an den bekannten Ruf: „Haltet den Dieb!“

Aus dem naiven Zugeständnis des Pielgrzym werden wenigstens diejenigen ehrenwerten Geistlichen, die man — wie uns mitgeteilt worden ist — mit der Versicherung in die Genossenschaft hereingezogen hat, daß der Pielgrzym anderen Blättern keine Konkurrenz machen solle, erfahren, wie der unerfättliche Pielpliner Polyp seine raubtierartigen Taten — bis nach Westfalen ausstreckt, um nur die Diktatur des vollgefülltesten (Wein-)Kellers zu einer dauernden zu gestalten.

Aus Nr. 156 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 12. Juli 1905:

Von der Redaktion.

Das Delirium des Pielgrzym nimmt eine immer bedrohlicher werdende Ausdehnung an. Früher lästerten im Pielgrzym namenlose Verleumder nur gegen die Herren Brejski und Kulerski persönlich, jetzt greifen sie dagegen auch ihre Familien schon an. Vor nicht langer Zeit haben sie ohne ersichtlichen Grund die Gattin des Herrn Kulerski in die Diskussion hineingezogen und nachher eine Verwandte des Herrn Kulerski, und so gehen sie immer weiter vor. Außerdem versteckt sich der Pielgrzym hinter die geistliche Autorität, obwohl gerade viele sehr angesehene Geistliche es offen aussprechen, daß der Pielgrzym nicht nur bestrebt ist, mit unehrlichen Mitteln die Verleger anderer Zeitungen zu ruinieren, sondern daß er auch zahlreichen Händlern und kleineren Buchhändlern in der Diözese und in Pielplin selbst das Brot nimmt. Jeder Unparteiische wird zugeben müssen, daß die Handelstätigkeit des Pielgrzym, die in sozialer Beziehung an und für sich schädlich ist, durch das Vorschieben der Geistlichkeit im Konkurrenzkampfe geradezu vernichtend wirkt und für

unsere sozialen Verhältnisse sehr unangenehme Folgen haben kann, wenn sie überaus lange geduldet werden sollte. Schon heute sagen Leute, die um das Wohl der Kirche besorgt sind, schweren Herzens, daß der Pielgrzym durch seine zweijährige kreuzritterliche Arbeit unserer Geistlichkeit den Heiligenschein der Unantastbarkeit entrissen habe, den sie sich während des Kulturkampfes unter dem Volke errungen hat. **Der Pielgrzym ist wirklich der größte Schadenstifter gegenüber der Kirche und der Geistlichkeit.**

Aus Nr. 43 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 13. Juli 1905:

Von dem hochhehrwürdigen Herrn Propst Dr. Wolszlegier, Vorsitzender des Provinzialwahlkomitees

haben wir folgendes Schreiben erhalten:

Herr J. Brejski in Thorn macht mir in einem in der Nr. 154 der Gazeta Toruńska veröffentlichten Schreiben verschiedene Vorwürfe, auf die ich im Interesse der Wahrheit zu antworten gezwungen bin. Ich habe bisher aus leicht begreiflichen Gründen geschwiegen und wollte mich in eine Polemik nicht einlassen, doch da Herr B. mich als Vorsitzenden des Provinzialwahlkomitees eines illegalen Vorgehens und außerdem als Bürger versteckter Machinationen beschuldigt, so darf ich nicht mehr länger schweigen. Was den ersten Vorwurf anbelangt, so soll mein großes Vergehen darin bestehen, daß ich durch ein Schreiben vom 1. Juni d. J. die 4 Kreiswahlkomitees, die zum Wahlbezirk Kulm—Briesen—Thorn gehören, aufgefordert habe, sich beizeiten für die Ergänzungswahlen vorzubereiten, General-Kreis-Wahlversammlungen einzuberufen, um u. a. in ihnen eine Liste der „geeigneten Kandidaten“ aufzustellen. Darin erblickt Herr Brejski ein illegales Vorgehen, indem er offenbar von der Ansicht ausgeht, daß man einen Abgeordneten, dessen Mandat das Reichstagsplenum oder das Abgeordnetenhaus für ungültig erklärt hat, bei den Ergänzungswahlen von neuem als Kandidaten betrachten muß, ohne Mitwirkung der dazu berufenen Faktoren, die da sind: die Kreiswahlkomitees, die General-Wahlversammlungen und endlich das Provinzialwahlkomitee nebst den Delegierten. Herr Brejski schreibt nämlich ausdrücklich (Gazeta Toruńska Nr. 146), „daß er nicht Lust gehabt hätte, sich in demselben Wahlkreise vor Ablauf der fünf Jahre zum zweiten Male der Ballotage zu unterwerfen“ und „daß seine Kandidatur mit der Ungültigkeitserklärung seines Mandats nicht erlöschen sei.“

Diese Anschauung ist nach meiner Meinung irrig, und zwar aus nachstehenden Gründen.

1. Jede Kandidatur ist eine Vorbedingung, eine Vorbereitung zum Mandat, und es ist doch eine klare Sache, daß derjenige aufhört Kandidat zu sein, der ein Mandat erhalten hat, der also Abgeordneter geworden ist. Die Kandidatur erlischt in solchem Falle von selbst, und sie kann ohne ausdrücklichen Wunsch der Wähler nicht wieder von neuem aufleben.

2. Unsere Wahlsatzungen enthalten im § 17c ausdrücklich und ohne jeglichen Vorbehalt die Vorschrift, daß in den General-Kreisversammlungen die Wahl von mindestens zwei Kandidaten zum Landtage und zum Reichstage zu erfolgen habe.

3. Außerdem hat die Generalversammlung der Delegierten vom 10. November 1903 in Graudenz einen Beschluß folgenden Inhalts gefaßt: „daß im Falle von Ergänzungswahlen das Provinzialwahlkomitee

mit den Delegierten des in Frage kommenden Wahlbezirks die Entscheidung über die Kandidaten zu treffen habe." Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Hieraus ergibt sich, daß sich Herr Brejski in gegebenem Falle einer nochmaligen Ballotage wird unterwerfen müssen und wenn auch nur im engeren Kreise des Provinzialkomitees und der vier Delegierten.

4. Deshalb hält es nicht schwer, zu der Ansicht zu gelangen, daß der Vorwurf, ich sei hinsichtlich der Kandidatur des Herrn Brejski zur Tagesordnung übergegangen, unberechtigt ist.

5. Gemäß den Wahlsatzungen (§ 12) steht den Kreiskomitees bzw. den Wahlversammlungen das Recht zu, Kandidaten zu nominieren, und das Provinzialkomitee hat sich mit seinem Rat niemand aufgedrängt und drängt sich auch nicht auf.

6. Deshalb habe ich auch im einschlägigen Schreiben nicht mit einem Worte des Herrn Brejski erwähnt, da ich die Selbständigkeit der einzelnen Kreise in keiner Weise stören wollte.

7. Wenn die Ansicht hinsichtlich der Kandidatur des Herrn Brejski richtig wäre, so wären die Generalwahlversammlungen überflüssig und es würden dann nur noch die Agitationsversammlungen übrig bleiben; auch wäre in solchem Falle der Beschluß der Delegierten vom Jahre 1903 unverständlich.

8. Die Behauptung bezüglich meines vom preussischen Landtage für ungültig erklärten Mandats im Wahlkreise Berent-Dirschau-Stargardt ist ebenfalls unrichtig, denn sobald das Abgeordnetenhaus mein Mandat kassiert hatte, teilte ich den maßgebenden Persönlichkeiten schriftlich mit, daß ich bereit wäre, von neuem zu kandidieren, wenn die Wähler so beschließen sollten, d. h. ich stand damals auf demselben Standpunkt wie heute. Außerdem hebt jegliche frühere Praktik der Beschluß vom Jahre 1903 auf.

Der zweite Vorwurf: „Heimliche Machinationen“ weise ich mit Entrüstung zurück und bemerke, daß es in keinem Falle angeht, dem Nächsten Absichten zu unterstellen, die er nirgends und durch nichts kundgegeben hat, und die ihm nachzuweisen niemand imstande ist. Doch ich rufe Gott und die Wahrheit zu Zeugen an, daß ich in der Angelegenheit der Neuwahl des Herrn Brejski mit niemandem Rücksprache genommen habe, weder brieflich noch mündlich, und daß ich ebenfalls zu der in unseren öffentlichen Blättern entstandenen, nach meiner Meinung überflüssigen Aufregung nicht im geringsten beigetragen habe. Die einzige Ausnahme in dieser Beziehung bildet Herr Propst Odrowski in Thorn, an den ich etwas geschrieben habe! Ich habe an ihn geschrieben, daß es schon der gewöhnliche Anstand erfordere, daß neuer Kandidat der frühere Abgeordnete sei, um ihm auch auf diese Weise irgend eine, wenn auch nur kleine Satisfaktion zu geben.

Piemontkowo, den 10. Juli 1905.

Pfarrer Dr. Anton Wolszlegier,
Vorsitzender
des Provinzialkomitees.

Aus Nr. 81 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 8. Juli 1905:

Aus dem Kreise Graudenz
im Juli 1905.

Die Furcht des „Geselligen“ vor den Sokols!

Schon in der Sonnabendnummer hat der Gesellige das Sokolfest erwähnt, das am vorigen Donnerstag, als am Peter-Paulstage, in Mendorf bei Graudenz abgehalten worden ist. Und da nun der Gesellige, wenn

er von den Sokols schreibt, gewöhnlich so ängstlich wird, als wenn ihn der Alp drückt, so hat er also in dieser Sonnabendskorrespondenz nicht aus Kühnheit anständig gelogen, sondern aus Furcht.

Er hat behauptet, daß der „Sokolverein“ sich um verschiedene Lokale bemüht habe, jedoch abgewiesen worden wäre. Nur einzig und allein habe sich Herr Marohn aus Mendorf fangen lassen! Jedes Wort ist gelogen, denn der „Sokolverein“ in Graudenz hat sich um ein Lokal garnicht bemüht, denn diese Angelegenheit ist mit Herrn Marohn gleich von Anfang an ohne alle Schwierigkeiten erledigt worden. Also die Abweisung des „Sokolvereins“ von Seiten der Graudenzler Lokalinhaber besteht nur in der Phantasie des Geselligen infolge der jetzt herrschenden großen Hitze!

In der zweiten Korrespondenz ist das Gehör des Geselligen schon etwas besser geworden, denn er bemüht sich sogar, Herrn Marohn auf seine Art zu entschuldigen. Am Schluß erfreut der Gesellige sich und seine Leser mit der Feststellung, daß das „Sokolfest“ nicht so ausgefallen sei, wie es erwartet wurde. Im Gegenteil, geehrter Geselliger, das Fest ist vorzüglich ausgefallen, denn nicht nur, daß sich 96 Sokols am Frühstück beteiligt haben, sind über 100 gleichzeitig und nachher vereinsweise bei den glänzend ausgefallenen Turnübungen aufgetreten. Auch der „Altmeister“ Jahn würde sich, wenn er aus dem Grabe auferstanden wäre, über die Geschmeidigkeit und Behendigkeit unserer wackeren Kameraden herzlich gefreut haben. Denke aber daran, „Geselligerer“, daß du nach Graudenz als armer Schlucker mit leeren Taschen gekommen bist, und heute hast du dir auf **unserer Erde** ein nach Millionen zählendes Vermögen erworben und bist so dick geworden wie ein gut gefülltes Bierfaß! Denke auch daran, daß du **über 5 000 polnische Abonnenten hast**, deren Geduld zu Ende geht — also du könntest leicht an einem Tage vor die Türe gesetzt werden.

Merkwürdig ist es, daß die Gazeta Grudziowska, deren einer Redakteur Turnwart des Graudenzler Sokolvereins ist, dem Geselligen nicht die Wahrheit gesagt hat. Hält die Gazeta Grudziowska, die sich die Verteidigung unserer Angelegenheiten zur Aufgabe gemacht hat, auf diese Weise ihr Versprechen? Möchte nur irgend eine deutsche Zeitung den gnädigen Herrn (gemeint ist Kulerski — die Red. d. Ges.-überbl.) von der Gazeta Grudziowska beleidigt haben — dann würde sie gleich die ganze Hölle in Bewegung setzen. — Wenn es sich um die eigenen Taschen handelt, dann entwickelt sie gewöhnlich viel Energie und hat bewunderungswürdige Einfälle. Es ist nur schade, daß sie bei der Verteidigung des Polentums nicht denselben Weg geht.

Aus Nr. 82 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Juli 1905:

**Betrifft den polnischen Gottesdienst
in Zoppot.**

Wie bekannt, kommen nach Zoppot immer mehr Polen, um ihre physischen und geistigen Kräfte zu stärken. Ein Beweis dafür, daß es viele Hundert sind, ist der Umstand, daß sowohl die städtische Behörde als auch die Badeverwaltung mit ihnen rechnet. **Der preussische Sakatismus**, der überall so mächtig ist, und der überall und auf jedem Schritte den Polen gegenüber eine herausfordernde Stellung einnimmt, **schweigt hier. Er demütigt sich vor dem**

goldenen Kalbe, das die Polen dort alljährlich in Gestalt von vielen Tausend Rubel und Mark niederlegen. Es ist sogar zum Stadtverordnetenvorsteher ein Mann gewählt worden, der seiner nationalen Einsicht wegen bekannt ist, und der ein Feind der auf der habsburgischen Fahne geschriebenen brutalen Gewalt ist. In den öffentlichen Lokalen liegen polnische Blätter aus, und fast überall gibt es polnische Bedienung. Es ist auch kein Wunder, denn in diesem Jahre sollen ungefähr 1000 polnische Kurgäste anwesend sein.

Und trotzdem können die Polen, obgleich sie schon einige Petitionen nach Pöplin geschickt haben, sich unter keinen Umständen polnischen Gottesdienst erbitten. Gegenwärtig soll, wie wir hören, eine neue Petition im Gange sein, und wir hegen die Hoffnung, daß sie den gewünschten Erfolg haben wird. Es kann doch unmöglich angenommen werden, daß die geistliche Behörde so viele Hundert Polen längere Zeit hindurch ohne geistlichen Trost in der Muttersprache lassen sollte. Die Kirche Christi kennt keinen Nationalitätenkampf, sie kennt keine weltlichen Rücksichten. Hinter der Kirchentür regiert weder der Regierungspräsident, noch der Landrat, noch irgend ein Staatsbeamter, sondern da regiert Christus durch seine Diener. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ sagte der Herr Jesus, und darum müssen die kirchlichen Behörden den berechtigten Wünschen der polnischen Badegäste, deren Familien und Dienerschaft entsprechen.

Wir hegen die Hoffnung, daß berufene Personen darauf achten, daß sich auf der nach Pöplin abzuführenden Petition soviel Unterschriften wie möglich befinden, damit man sich dort überzeugt, wie viele Polen in Zoppot ohne polnischen Gottesdienst sind.

Aus Nr. 83 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 13. Juli 1905:

Mitteilungen aus Zoppot.

Die geehrten Badegäste bitten wir herzlich, vor allem diejenigen Kaufleute und Gewerbetreibenden zu unterstützen, die unser Blatt mit ihren Annoncen stärken. Wenn dem deutschen Kaufmann die polnischen Groschen lieb sind, dann möge er auch das polnische Blatt mit Annoncen unterstützen. Wir bitten also vor allem diejenigen Unternehmungen zu unterstützen, die in unserem Blatte annoncieren lassen.

Ferner sind in Zoppot eingetroffen: (es sind hier nur die Ausländer aufgenommen — die Red. d. Gef.-Ab.)

Frl. Lucia Blume aus Rußland,
Stan. Hozelliczka aus Warschau,
Frau Jezierska m. Familie aus Warschau,
Frau Anna Jankowska nebst Tochter aus Warschau,
Frau Marie Jankowska aus Szadlowic (?),
Frau Helene Kossakowska aus Warschau,
Frau Irma Krynska aus Warschau,
Frau Dr. A. Karabowska nebst Tochter aus
Nieslabin (?),
Frau Lipinska nebst Tochter aus Warschau,
Frau Laszkowska nebst Sohn aus Warschau,
Herr Mich. Obremski nebst Familie aus Warschau,
Frau Wanda Obremska nebst Kindern aus
Warschau,
Stanislaus Kozycski aus Warschau,
Frau Helene Wiesenberg aus Warschau,
Zomietzinz aus Warschau,
Herr Dr. Amrogowicz aus Rzeszyn (?),

Herr Babel aus Lemberg,
Herr Krzyszkowski aus Lemberg,
Herr Macielinski aus Lemberg,
Herr Dr. Malaczynski aus Lemberg,
Herr Dr. Przyborowski aus Warschau,
Frau Stroczyńska aus Warschau,
Frau Ziemska aus Warschau.

Aus Nr. 161 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. Juli 1905:

Betrifft Zoppot.

In der Gazeta Gdańska befindet sich ein von einigen polnischen Zeitungen wiedergegebener Artikel, welcher die Behauptung enthält, in Zoppot rechnet nicht nur der Habskismus und die städtischen Behörden, sondern auch die Badeverwaltung mit uns, indem sie sich vor dem goldenen Kalbe neigten, das die Polen durch ihr zahlreiches Sichdorthinbegeben in Umlauf setzen.

Demgegenüber gestatte ich mir festzustellen, daß in der Leschalle des Kurhauses nicht eine einzige polnische Tageszeitung, überhaupt kein einziges der im Posenschen, in Westpreußen und in Oberschlesien erscheinenden polnischen Blätter ausgelegt ist. Es befinden sich in der Leschalle im ganzen drei oder vier polnische Blätter, wie z. B. das Lemberger Słowo, der Kurier Warszawski. Gegenüber den sehr zahlreichen deutschen Zeitungen — über 100 — ist diese Zahl der polnischen Blätter entschieden zu klein, und infolgedessen muß auf die polnischen Blätter stundenlang gewartet werden, da die Zahl der sie lesenden Gäste eine sehr große ist.

Wir haben um nicht zu sagen „für unser Recht“ so doch für unsere Bequemlichkeit zu sorgen und an die Badeverwaltung den Antrag auf Vermehrung der polnischen Blätter zu richten. Neugierig sind wir, ob es in anderen Badeorten in dieser Hinsicht besser ist.

Wir meinen, daß die Polen, welche gezwungen sind, in die Bäder zu gehen, bei den Badeverwaltungen dafür Sorge tragen werden, daß man sofort polnische Blätter abonniert.

Aus Nr. 82 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. Juli 1905:

Oliva.

Eine große Freude haben die hier wohnhaften Stanislaus Jezewski'schen Eheleute erlebt. Wie wir schon mitgeteilt haben, hat einer ihrer jüngsten Söhne, Felix, am 6. Juli in der Pfarrkirche zu Neustadt sein erstes unblutiges Opfer zu Ehren Gottes dargebracht. Das große Gotteshaus war aus diesem Anlaß so voll, daß ein Teil der Zuhörer sogar draußen bleiben mußte. Neben einer zahlreichen Vertretung von Seiten der Besitzerschaft aus der Stadt und Umgegend, hat eine große Schar der niederen Stände aus der Stadt und Umgegend Beweise der Liebe und Anhänglichkeit zu den Eltern des Primizianten dargebracht, die sich durch längeren Aufenthalt in der Neustädter Gegend allgemeine Liebe und Achtung erworben haben. Diese zahlreichen Scharen begrüßten freudigen Herzens diesen jungen Sprößling, der sich dem Dienste Gottes geweiht hat, denn er war Neustädter Kind. Dort wurde der junge Felix im Gotteshause getauft, dort ging er auch zur Schule, um unter den Augen der Eltern aufzuwachsen und nachher durch die Hingabe für den Dienst Gottes ihre Mühe zu krönen.

Die Predigt hielt Herr Dekan Dombrowski. In erhebenden, herzlichen Worten zeichnete der ehrwürdige Redner den ehrenvollen Stand des Primizianten, er hob mit Anerkennung hervor, daß der Primiziant sich zum Priester berufen fühlte, **daß, wie er ein wackerer Sohn der polnischen Erde sei**, er sich auch unzweifelhaft als ein ebenso wackerer Arbeiter im Weinberge des Herrn zeigen werde. In der ganzen Kirche hörte man Weinen.

Nach dieser erhabenen kirchlichen Feier fand im Kreise zahlreicher Gäste eine Privatfeier statt, in der offene Herzlichkeit herrschte. Sie wurde durch zahlreiche Reden, Gefänge und Toaste gewürzt. Die ganze Feier wird allen Teilnehmern, unter denen sich auch Gäste **aus Galizien** und Schlesien befanden, in angenehmer Erinnerung bleiben.

Der Primiziant ist einer unserer jugendlichen nationalen Märtyrer. Er gehörte nämlich auch zu denjenigen Kulmer Gymnasiasten, die sich wegen des Lernens der polnischen Sprache und der vaterländischen Literatur vor die Schranken des preußischen Gerichts in Thorn stellen mußten. Er wurde zu Gefängnis verurteilt und war nach Verbüßung der Strafe gezwungen, das Gymnasium zu verlassen; da er in keiner preußischen Anstalt Aufnahme fand, **begab er sich nach Lemberg, wo er gastfreundlich aufgenommen wurde.** Dort hat er sich der Theologie gewidmet, und dort ist er auch zum Priester geweiht worden.

Aus Nr. 83 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Juli 1905:

Dembien Nr. Löbau.

Ich kann der geehrten Redaktion und den Lesern der Gazeta Grudziadzka eine freundige Neuigkeit mitteilen. Herr Rudolf Spetowius, ein hiesiger Deutscher, hat nämlich sein 572 Morgen großes Grundstück Herrn Erdmanski aus Wesolowo verkauft.

Ich muß Euch aber auch die traurige Mitteilung machen, daß Herr Thomas Lozynski von hier wegen des Verkaufs seines 750 Morgen großen Gutes mit der Ansiedlungskommission in Verhandlung steht. Möchte er sich doch noch im letzten Augenblicke gut überlegen, was er tut.

Aus Nr. 83 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 13. Juli 1905:

Herr Alexander Mionskowski aus Gollub hat in der Kartäuser Gegend von einem Fremden 170 Morgen guten Bodens mit guten Gebäuden und komplettem Inventar gekauft. Er hat für den Morgen 152 Mk. bezahlt. Dem neuen Besitzer ein Glück auf!

Aus Nr. 5 des Goniec Mazurski (Osterode)
vom 11. Juli 1905:

Osterode.

Uns wird mitgeteilt, daß in einem Orte in der Nähe von Allenstein (an dieser Stelle fehlen vermutlich die Worte „ein Lehrer“ — die Red. d. Ges.-Abt.) in der Schule gefragt hat, ob sie (die Kinder) im Dorfe unseren Goniec Mazurski erhielten. Als die

Kinder bejahend antworteten, hieß derselbe Herr ihnen zu Hause sagen, daß unsere Zeitung nicht bestellt werden möchte.

Wir geben, dem es angeht, den guten Rat, damit aufzuhören, die Leute uns abspenstig zu machen und dazu noch in der Schule, da wir anderenfalls den Gerichtsweg beschreiten und gewiß Erfolg haben werden.

Unser Blatt ist bei den Deutschen deshalb so beliebt, weil es die polnische Sprache in die Hütten trägt.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 160 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 16. Juli 1905:

Pflichten eines aufgeklärten Wahlbürgers.

Wer eine polnische Zeitung liest, der weiß, welche Bedeutung die Abgeordneten Häuser in Berlin und unsere Wahlen in diese Häuser haben. Ein aufgeklärter Bürger weiß, daß den Abgeordneten in Berlin drei Hauptrechte zukommen: 1. Sie können die bisherige Tätigkeit der Regierung kritisieren und zwar gelegentlich der Aufstellung des sog. Stats, d. i. die Zusammenstellung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben; 2. sie können alte Gesetze umstoßen und neue einführen — mit Genehmigung des Bundesrats — im deutschen Reiche, des Herrenhauses und Königs — im preußischen Staate; 3. sie können Interpellationen einbringen, um sich über erlittene Unbilden zu beklagen, Übergriffe zu brandmarken usw. — z. B. in Sachen des westfälischen Streiks. Ebenso weiß ein aufgeklärter Bürger, daß bei den Wahlen in den preußischen Landtag die Reichen entscheiden, während bei den Reichstagswahlen jeder Bürger das Stimmrecht hat (sofern er nicht öffentliche Beihilfen erhält usw.); dort wird mit Nennung des Namens abgestimmt, was für abhängige Leute ein Unrecht ist, hier dagegen ist die Wahl geheim mittelst Wahlzetteln, weshalb sich der Wähler durch gar keine Nebenrückichten beeinflussen zu lassen braucht. Wir wissen auch alle, daß im preußischen Landtage die polnischen und demokratischen Abgeordneten nichts durchsetzen können, weil dort die preußischen Junker ein vollständiges Übergewicht haben; eine größere Zahl von, dem polnischen Volke wohlgesinnten Abgeordneten bei den preußischen Landtagswahlen durchzubringen ist fast unmöglich wegen der Not und Abhängigkeit unseres Volkes. Anders verhält sich die Sache mit dem Reichstage und mit den Wahlen zu demselben. Im Reichstage ist die Mehrheit vom preußischen Kakatismus noch nicht angesteckt; dort erfahren die polnischen Abgeordneten noch manchmal die Unterstützung der Mehrheit, und zwar in sozialwirtschaftlichen Fragen. Zur Zeit des Wahlkampfes zwecks Durchbringung unseres Abgeordneten in den Reichstag haben wir die beste Gelegenheit, in den breitesten Schichten nationalpolnisch-politische Aufklärung auszubreiten, bürgerliches Selbstbewußtsein zu wecken und schließlich unsere Kräfte zu zählen, um festzustellen, ob wir an Kräften gewonnen oder verloren haben. Wegen der großen Tragweite der Reichstagswahlen will ich die Pflichten jedes aufgeklärten und erfahrenen Wahlbürgers darlegen:

Sobald du aus einem polnischen Blatte erfahren hast, welche Kandidatur das „Polnische Wahlkomitee für Schlesien“ aufgestellt hat, mußt du es dir ehrlich und gründlich überlegen, was für die Kandidatur des polnischen Volkes spricht, wobei du Ratsschläge aus deiner Zeitung entnehmen magst. Wenn dir schon alles klar ist, wenn du alles im Gedächtnisse behalten hast, so schreite zur Agitation zugunsten unseres Kandidaten

Herrn Adalbert Korfanty. Es genügt keineswegs, daß du allein deine Stimme dem Kandidaten des polnischen Volkes gibst; dieser Kandidat kann nämlich nur dann den Sieg davontreiben, wenn ihn die Gemeinde, das ganze Volk unterstützt. Es ist dir aber bekannt, daß noch Tausende deiner Brüder in der Lethargie verharren, daß sie keine polnische Zeitung in die Hand nehmen, daß sie schwäbische *anajgery* und *blaty* (verächtlich statt: deutsche Anzeiger und Blätter) lesen, die ihnen doch die Wahrheit nicht sagen und darüber die Augen nicht öffnen werden, was im Interesse des polnischen Arbeitervolkes liegt. Daher mußt du, aufgeklärter Leser eines polnischen Blattes, diese durch polnische Blätter und deutsche Beamte Betörten belehren, indem du an ihren Verstand appellierst; ich wiederhole: indem du an ihren Verstand appellierst, mithin mußt du nicht mit Bosheit und Leidenschaft, sondern vielmehr vernünftig und klar bei jeder Gelegenheit deine unaufgeklärten Kameraden davon zu überzeugen suchen, daß jeder kluge polnische Arbeiter demjenigen die Stimme zu geben hat, der bis zu seinem letzten Atemzuge das polnische Arbeitervolk verteidigen wird, d. i. Herr Adalbert Korfanty. Das tue mit Ausdauer und Beharrlichkeit; wenn du zur Arbeit gehst, und wenn du von ihr heimkehrst, zur Zeit der Ruhe, und wo immer du mit den Kameraden zusammentrifft. Rede aber so, daß du überzeugst; lege darauf Nachdruck, was nach deiner Annahme den Verstand und das Herz des älteren Kameraden am meisten ansprechen wird. Und wenn er dir nicht Gehör schenkt, so halte ihn nicht für verloren, sondern lenke auf ihn die Aufmerksamkeit eines andern aufgeklärten Arbeiters, der auf den Widerstandigen vielleicht größeren Einfluß auszuüben vermag. Sehr wichtig ist es auch, die Ehefrauen, Schwestern und Bräute unaufgeklärter Arbeiter dazu zu bewegen, daß sie ihren Männern, Brüdern und Bräutigams nicht nur von der Erfüllung ihrer Wahlpflichten nicht abraten, sondern daß sie ihnen vielmehr Mut einflößen und sie überzeugen, daß sie zugunsten des Kandidaten der polnischen Wahlorganisation und damit auch zugunsten des polnischen Arbeitervolkes tätig sein mögen. Wenn es dir nun gelingt, für diesen Kandidaten einen neuen Anhänger zu gewinnen, so überrede ihn sofort, daß auch er die Ärmel aufstreife und — wie du — zugunsten des künftigen Abgeordneten des polnischen Volkes agitiere. In dieser Arbeit mußt du ausharren; auf einen vollständig oder nur halb Überzeugten habe acht bis zur Wahl selbst, denn die Gegner werden ebenfalls arbeiten und die Leute auf ihre Seite hinüberzuziehen suchen. Man wird also die Zweifelhafte manchmal wiederholt prüfen und im Bedarfsfalle von neuem unverdrossen an ihre Aufklärung herantreten müssen. Wenn sich dir aber Vertrauensmänner des „Polnischen Wahlkomitees“ mit Wahlzetteln nähern werden, so stehe ihnen in ihrer Arbeit bei, nimm einige Duzend Zettel und drücke sie Kameraden in die Hand, die diese Zettel noch nicht haben. Auch bei dieser Gelegenheit appelliere an ihren Verstand. Am Wahltag vergiß schließlich nicht diejenigen, die du zu überzeugen suchtest; sprich bei ihnen vor, nimm sie, wenn möglich, mit und gib acht, daß sie den richtigen Zettel abgeben.

Wenn die aufgeklärten Leser solcher polnischer Blätter, die der Sache des polnischen Volkes dienen, auf diese Weise ihre Pflicht erfüllen werden, so wird der Sieg auf unserer Seite sein. Wenn aber der Unfrige siegen wird, werden wir stolz ausrufen: Wir haben gesiegt, wir, das polnische Volk, haben den Abgeordneten auf unsere Schultern erhoben. Wenn er dann in Berlin unsere Feinde furchtlos brandmarken, wenn er unsere Unbilden, unsere Schmerzen und unsere

Sorgen aufzählen wird, dann werden wir mit Stolz in der polnischen Zeitung davon lesen und uns mit Stolz im Geiste wiederholen: durch seinen Mund sprechen wir, das polnische Volk.

Kattowitz, im Juli 1905.

Siegmond Seyda.

Aus Nr. 161 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 18. Juli 1905:

Im barbarischen Rußland und im zivilisierten Preußen.

Unlängst teilten wir mit, daß die Gleiwitzer Staatsanwaltschaft dem Redakteur des Głos Śląski Herrn Rozanowicz den Prozeß gemacht hat wegen eines Gedichtes mit der Überschrift: „Was ist das Vaterland“ („Co to ojczyzna“), welches im „Kinderfreund“ („Przyjaciół dziatwy“), einer Beilage des Głos Śląski, veröffentlicht wurde.

Dieses bekannte Gedicht von Maria Sokolnicka, welches seit jeher von verschiedenen polnischen Blättern wiedergegeben wurde, erklärt und beleuchtet den Begriff „Vaterland“. In diesem Gedichte ist keine Rede vom „polnischen Vaterlande“, die Worte „polnisch“, „Polen“ kommen in dem Gedichte nicht ein einziges mal vor. Wenn dieses Gedicht ins Deutsche übersetzt würde, würde es in deutscher Sprache den Begriff „Vaterland“ erklären. In jeder Sprache, in der französischen, englischen, spanischen, italienischen, russischen würde es nichts mehr wiedergeben, als nur den Begriff „Vaterland“, nicht etwa „polnisches Vaterland“, sondern nur den Begriff „Vaterland“ als solches erklären und beleuchten.

Auch die „Warschauer Morgenröte“ (Zorza warszawska) veröffentlichte vor einigen Monaten dieses Gedicht. Die Zorza ist etwa kein geheimes, revolutionäres Blatt, sondern es passiert die russische Zensur. Die russische Zensur hat dieses Gedicht nicht beanstandet, hinsichtlich der Unversehrtheit des russischen Reiches hat sie darin nichts Gefährliches erblickt.

Was macht aber die Gleiwitzer Staatsanwaltschaft aus diesem Gedichte? Im Anklageakt sagt sie, dieses Gedicht beabsichtige nicht nur die Trauer über den Untergang des polnischen Vaterlands zu erwecken, sondern auch die Hoffnung und Sehnsucht nach dem Wiederaufbau des polnischen Königreichs. Daß das Gedicht dieses Ziel im Auge habe, erhelle daraus, daß es die Vorzüge des ehemaligen polnischen Königreichs verherrliche und an die Gefühle der Liebe zum Vaterlande appelliere, an etwas, das für die Herzen der preussischen Staatsbürger polnischer Abstammung das Teuerste sei. Durch den Ausdruck dieses Gefühls der Sehnsucht sollten die Leser des Głos Śląski angeregt werden, auch ihrerseits an der Wiedererrichtung des polnischen Königreichs zu arbeiten. Und daß dieser Wiederaufbau, sofern es sich um einen Teil der preussischen Monarchie handle, nicht auf friedlichem Wege erfolgen könne, das wisse der angeklagte Redakteur, sowie auch die Leser des Głos, die ebenfalls durch die großpolnische Agitation mit fortgerissen sind; der endgültige Zweck des Gedichtes sei, die polnische Bevölkerung in Preußen zu Gewalttätigkeiten, zum Aufruhr gegen die Regierung und zum Kampfe gegen die nichtpolnischen Mitglieder aufzuwiegeln, mithin in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise die eine Klasse der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen die andere aufzureizen.

So lautet in der Hauptsache der Anklageakt der Gleiwitzer Staatsanwaltschaft. Betrachten wir die von der Staatsanwaltschaft erhobenen Beschuldigungen

unparteiisch und ruhig. Der Staatsanwalt sagt, das Gedicht wolle Trauer über den Untergang des „polnischen Vaterlandes“ erwecken. Aber bei Gott, in dem ganzen Gedichte ist kein einziges Wort vom „polnischen Vaterlande“ vorhanden. Es wird nur der Begriff „Vaterland“ allgemein erklärt. Dann irrt sich der Staatsanwalt, wenn er zu beweisen sucht, daß das polnische Vaterland untergegangen sei. Das entspricht nicht der Wahrheit, und der Herr Staatsanwalt ist nicht imstande, seine Ausführungen durch Beweise zu erhärten. Polen ist als politisch unabhängiger Staat untergegangen, wir Polen haben unsere politisch selbstständige Existenz eingebüßt, wir haben aber unser polnisches Vaterland nicht verloren. Zu diesem Vaterlande zählen wir unsere polnische Sprache, unsere polnischen Bräuche, unsere polnische Erde. Auf dieser polnischen Erde ist zwar kein unabhängiges Königreich Polen, aber dessen ungeachtet haben wir ein Recht, sie polnische Erde, polnisches Vaterland zu nennen, denn auf ihr sind unsere Väter und Großväter geboren, denn auf ihr wohnt das polnische Volk seit Jahrhunderten.

Dies verbietet uns die preußische Verfassung nicht, auch haben wir im preußischen Recht keinen Paragraphen, der uns dies verböte.

Der Herr Staatsanwalt sagt weiter, das Gedicht drücke die Sehnsucht und Hoffnung auf die Wiedererrichtung des Königreichs Polen aus, es wende sich aus diesem Grunde an die Polen in Preußen, und da dieser Wiederaufbau auf friedlichem Wege nicht erfolgen könne, verfolge das Gedicht den Zweck, die polnische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zum Aufstande gegen die Regierung sowie zum Kampfe gegen die Bürger deutscher Nationalität aufzureizen.

Wie hat das Gedicht die Wiederherstellung des Königreichs Polen zum Zweck haben können, — und überdies noch auf dem Wege von Gewalttätigkeiten und eines Aufstandes — wenn in dem Gedichte kein einziges Wort, keine Erwähnung des Königreichs Polen enthalten ist, wenn in dem ganzen Gedichte die Worte „polnisch“, „Polen“, „Königreich Polen“, die „Polen“, „Polinnen“ überhaupt nicht vorkommen!

Dieses Gedicht pflegen seit Jahren verschiedene polnische Blätter wiederzugeben. Und diese ganzen Jahre hindurch fiel es keinem Polen auch nur im Traume ein, wegen dieses Gedichtes Gewalttätigkeiten und Aufstände gegen den preußischen Staat anzustiften. Auch wir gaben das Gedicht bereits vor mehreren Monaten wieder, sicherlich hat aber weder der Staatsanwalt, noch sonst jemand vernommen, daß jemand Gewalttätigkeiten und Aufstände gegen den preußischen Staat organisiere, oder auch nur davon spreche, schreibe oder daran denke. Die preußischen Staatsanwälte verfolgen ja die polnischen Blätter aufmerksam, sie müssen daher wissen, daß diese Blätter und mit ihnen alle verständigen Polen den Gedanken an Gewalttätigkeiten, Aufstände, Revolutionen von sich weisen, weil es ein Unsinn und ein Unglück für die polnische Nation wäre.

Woher also dieser Vorwurf? Worauf stützt ihn die preußische Staatsanwaltschaft in Gleiwitz? Wenn die Hafatisten derartige Vorwürfe gegen uns erheben, so wundern wir uns darüber nicht, denn die Hafatisten muß man als Hafatisten behandeln. Die Staatsanwaltschaft in Gleiwitz ist aber eine hohe Staatsbehörde, und wir halten dafür, daß eine so hohe Behörde für derartige schwere, unbegründete Beschuldigungen, gegen die wir entschieden Einspruch erheben, genügende Beweise erbringen muß. Diese Beweise zu erbringen, ist weder die Staatsanwaltschaft, noch sonst jemand in der Lage. Es können seitens der Staatsanwaltschaft nur Vermutungen vorliegen, aber auch

diese Vermutungen sind falsch, irrig und der Wahrheit widersprechend.

Das beste ist, daß die russische Zensur dieses Gedicht durchgelassen hat. Im barbarischen Rußland hat man in dem Gedichte nichts Gefährliches erblickt, hier im zivilisierten Preußen aber strengt man Prozesse an wegen eines ganz unschuldigen Gedichtes, und man erhebt den Vorwurf, dieses Gedicht wolle zu Gewalttätigkeiten und Aufständen aufreizen. Als wir vor mehreren Wochen eine kurze Notiz davon brachten, wiederholten verschiedene deutsche Blätter unsere Nachricht mit einem Anflug von Mißtrauen, die Berliner Volkszeitung aber schrieb kurz: „Unerhört“. Jawohl, „unerhört“, und dennoch wahr.

Welches der Ausgang des Prozesses sein wird, wissen wir nicht, denn der Termin ist vom Gericht noch nicht festgesetzt worden. Jedoch schon die Tatsache allein, daß die Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft angefochten wurde, ist auch ein Zeichen der Zeit und der Verhältnisse, unter denen wir Polen uns im preußischen Landesteil befinden.

Aus Nr. 157 des Dziennik Śląski (Benthen D.S.)

vom 12. Juli 1905:

Sallesche, Kreis Groß-Strehlitz.

Raum 10 Monate sind verflossen, seitdem der hochwürdige Herr Pfarrer Heißig zu uns gekommen ist, und schon vieles hat sich in unserer Parochie geändert, denn unser hochwürdiger Herr Pfarrer strebt leider darnach, in unsere rein polnische Parochie allmählich mehr oder weniger Deutschum einzuführen. Diesen Schlag empfanden wir bereits während der vierzigstündigen Andacht, denn jede Stunde der Anbetung war einem andern Teile der Leute zugeteilt, und zwar war eine Stunde für die Deutschen bestimmt. Ähnlich war es am Charfreitag und am Tage der Adoration (25. Mai).

Jetzt hat unser Herr Pfarrer angeordnet, daß unsere Kinder zweimal wöchentlich die heilige Messe besuchen sollen. Das ist an sich löblich, und wir hätten nichts dagegen einzuwenden, wenn während jener heiligen Messen nur nicht deutsch gesungen würde. Ich muß eingestehen, daß mit Ausnahme eines einzigen Lehrers die ganze Parochie rein polnisch ist.

Schmerzlich und traurig ist es fürwahr, wenn wir über den eigenen Seelsorger Klage führen müssen, und das ist für uns umso schmerzlicher, wenn wir unseres teuren und unvergeßlichen verstorbenen Herrn Pfarrers Dziadek gedenken, der zwar 20 Jahre hindurch bei uns verweilt, nie aber nach Germanisierung gestrebt hat. Dieser brave Priester hatte vielmehr gesagt, der deutsche Unterricht fördere nur die Verbreitung der Sozialdemokratie, und er hatte recht, denn wem sollen unsere Kinder gehorchen, wenn wir sie zu Hause polnisch lehren, während sie die Dinge in der Kirche nur in deutscher Sprache wahrnehmen? Schließlich werden sie so weit gelangen, daß sie weder polnisch noch deutsch verstehen, daß sie weder den Eltern noch den Geistlichen gehorchen werden.

Nach dem Tode des Pfarrers Dziadek kam der hochwürdige Herr Administrator Horoba zu uns, und obgleich er bei uns nur 10 Monate war, so erkannte er doch, daß unsere Parochie rein polnisch ist, er führte also keine Menigkeiten ein. Wäre es auch jetzt nicht weit besser, wenn der Priester zusammen mit den Eltern an einer rechtchaffenen, einheitlichen und natürlich polnischen Erziehung des jungen Geschlechts arbeiten wollte? Haben wir für unsere heutige verkehrte Erziehung nicht Tausende von bösen Beispielen?

Es ist richtig, und wir müssen es zugeben, daß das Priesteramt in der heutigen Zeit schwer ist; es ist traurig, wenn vielleicht der katholische Priester unter der Aufsicht eines Regierungsbeamten steht, welcher (wenn ihm etwas nicht gefällt) der Regierung sofort Berichte über den Geistlichen übersendet, wie es leider bei uns in letzter Zeit geschehen ist; man müßte einen solchen Katholiken bedauern, der als guter Katholik gelten will, aber nicht katholisch handelt; allein ein Priester darf darauf nicht achten, wenn er dem Volke unerschütterlich zur Seite stehen will.

Über unsere Verhältnisse ließe sich sehr viel schreiben, vorläufig aber genügt dies, denn ich will mit dieser Korrespondenz niemanden beleidigen, ich will nur einer noch größeren Erbitterung vorbeugen, die unaufhörlich wachsen wird, wenn sich die Verhältnisse nicht ändern.

Daher bitten wir auch unseren teuren Seelsorger, er möge an den bisherigen alten Gewohnheiten festhalten, denn niemand wünscht sich hier das Deutschtum herbei. Dann wird auch in unserer Pfarochie heiliger Friede und goldene Eintracht platzgreifen (so wie es zu Lebzeiten des verstorbenen Herrn Pfarrers Dziadek war). Leider fehlt es in letzter Zeit bei uns gar sehr an Eintracht, wir bitten also um dieselbe, es kann uns sie aber einzig unser Herr Pfarrer geben.

Einer für viele.

Aus Nr. 157 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)
vom 12. Juli 1905:

Aus dem Kreise Kreuzburg.

(Germanisierung polnischer Protestanten.)

In Kreuzburg fand in diesen Tagen eine Versammlung von Pastoren und von hervorragenden deutschen Protestanten aus der Umgegend statt. Einer der Redner ließ sich ausführlich über die national-polnische Bewegung der neueren Zeit im Kreise Els aus, und er nannte hauptsächlich eine der größten Gemeinden dieses Kreises. Angesichts dieser „betäubenden“ Erscheinung ist es — so sprach der Redner — eine erfreuliche Tatsache, daß das Deutschtum im Kreise Kreuzburg auf kirchlich-religiösem Gebiete sehr befriedigende Fortschritte mache, und daß sich in kirchlichen Angelegenheiten die evangelisch-polnische Bevölkerung überall der deutschen Sprache bediene. Als germanisatorischen Hauptfaktor hob Redner die seit 9 Monaten eingeführten sogenannten „Bibelstunden“ hervor.

Das soll also der evangelische Geist, — das soll jenes „reine“ Evangelium sein, dessen sich die deutschen Pastoren rühmen. Die polnische Sprache verdrängen, dieselbe der polnischen Bevölkerung wegnehmen und dadurch der ganzen polnischen Nation ein Unrecht zufügen, das soll jener reine Geist des Evangeliums Christi sein!

Die aufgeklärten Landsleute haben, sofern sie mit den evangelischen Polen in Berührung stehen, die Pflicht, diese auf jene Germanisierung der Pastoren hinzuweisen; sie haben die Pflicht, sie zu belehren, daß sie eine Germanisierung nicht zulassen dürfen. Denn wiewohl sich ein Teil der Polen zum protestantischen Glauben bekennt, so hören sie dadurch dennoch nicht auf, Polen und unsere Brüder nach dem Blute, nach der Abstammung, der Sprache und nach den Bräuchen zu sein; die protestantischen Polen müssen daher in sprachlicher und nationaler Hinsicht belehrt werden, indem ihnen das Beispiel der protestantischen Polen in Österreich-Schlesien vor Augen geführt wird, die ihre Nationalität sehr wacker verteidigen.

Wer immer zur Erhaltung des Polentums unter den polnischen Protestanten in Oberschlesien beiträgt, der wird sich zweifellos um die allgemein-polnische Sache höchst verdient machen.

Aus Nr. 161 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 18. Juli 1905:

Drontowitz.

Einer unserer Leser teilt uns mit, daß der Herr Kaplan Netter während einer Predigt sehr heftig gegen den Gornoslazak losgezogen sei. Was der Gornoslazak dem Herrn Kaplan Böses getan hat, wissen wir nicht, und darum verstehen wir auch das Vorgehen des Herrn Kaplan Netter nicht. — Wir wissen, es ist manchen Geistlichen ein Dorn im Auge, daß der Gornoslazak kein willfähriges Zentrumsblatt, sondern eine polnisch-nationale Zeitung ist, das ist doch aber weder ein Verbrechen noch ein triftiger Grund, ihn zu bekämpfen. Übrigens hätte der traurige Ausgang des Beuthener Prozesses die Geistlichen zur Genüge belehren müssen, daß sie gegen polnische Blätter etwas vorsichtiger vorgehen sollten.

Aus Nr. 160 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 16. Juli 1905:

Aus Michalkowitz

erhalten wir folgende Zuschrift:

Ich komme zur Post des Ortes und treffe eine Pantomime an. Auf der einen Seite die Verwalterin der Postagentur des Ortes, auf der andern Seite ein Mann; auf den ersten Blick erkenne ich in ihm einen ruthenischen Bauern. Beide gestikulieren lebhaft, schließlich erklärt die Postverwalterin entschlossen: „Ich verstehe nicht polnisch.“

Ich sehe die bekümmerte Miene des Ruthenen, trete an ihn heran, frage, worum es sich handelt, und erfahre, daß der arme Kerl seinem Vater einige Mark schicken will, daß ihm aber die Postanweisung zurückgegeben wurde und er nicht weiß, was er tun soll, weil er sich nicht verständigen kann.

Ich beschaue die Anweisung, schreibe eine neue, und der Ruthene konnte das Geld absenden. Natürlich benütze ich die Gelegenheit und gebe dem Ruthenen folgende Belehrung:

Manche Eurer politischen Führer sind gefühlvolle Preußenfreunde geworden. Ihr habt Euch mit den Preußen, unsern Feinden, gegen uns, Eure Mitbrüder, deshalb verbunden, weil wir Euch angeblich in Galizien unterdrücken. Vergleiche indes Eure Verhältnisse mit den unsrigen. Ihr habt ruthenische Volksschulen, bei uns aber muß das Kind vom sechsten Jahre an, ohne ein Wort deutsch zu verstehen, deutsch lernen; und wenn es nicht begreifen kann, dann hilft auch manchmal der Stock nach. Ihr habt auch ruthenische Gymnasien, sogar ruthenische Lehrstühle an der Lemberger Universität, — bei uns ist keine Spur davon vorhanden.

Mit den Behörden könnt Ihr Euch in Eurer Sprache verständigen, hier bei uns in einem polnischen Dorfe kannst Du Dich auf der Post nur deutsch verständigen. Wenn wir uns aber fürchten, vor Gericht deutsch auszusagen, um in Ermangelung genauer Kenntnisse der deutschen Sprache keinen Meineid zu leisten und um uns nicht ins Unglück zu stürzen, da kommt es manchmal vor, daß man uns ins Gefängnis

befördert, weil es den Richtern **scheint**, daß wir Unkenntnis der deutschen Sprache nur vorschützen.

Die polnische Sprache wird auf Schritt und Tritt bedrückt und bedrängt und auch hinsichtlich der Erwerbstätigkeit geht es uns nicht besser, den Hakatisten ist aber alles noch zu wenig. Sie sind es, die Euch Ruthenen hierher kommen lassen und die uns mit Euch völlig entzweien wollen, damit wir zuerst gegenseitig unsere Kräfte vernichten und dann eine leichte Beute der germanischen Unerfättlichkeit würden.

So war bereits die Taktik der früheren Deutschen den Slaven gegenüber, so möchte gegenwärtig der Hakatismus mit Euch und uns verfahren.

Es steht Euch daher nicht an, weder sich mit den Preußen zu verbinden, noch es mit den Moskalophilen zu halten, sondern wie Eure Väter und Großväter sollt Ihr mit den Polen in Eintracht leben, denn nur darin liegt Eure Zukunft.

Der Ruthene hörte mich bis zu Ende an, versprach, im Sinne meiner Ausführungen unter seinen Landsleuten zu wirken, wenn er in die Heimat zurückkehren wird, und ging davon.

Liebe Leser, wir haben genug Gelegenheit, nationale Aufklärung unter den Ruthenen auszubreiten, und gebe es Gott, so wird auch dieses neue antipolnische Mittel nicht das gesteckte, sondern das entgegengesetzte Ziel erreichen, denn wir werden uns unter diesen unjern Mitbrüdern eine ganze Schar von Freunden schaffen, die gegen uns ein Werkzeug in den Händen des Hakatismus sein sollten.

Die Redaktion des Polak und Glos Slonski bitte ich um Wiedergabe dieser Korrespondenz.

Ein Rationaler.

(Wir danken für die Korrespondenz und bitten gleichzeitig um Entschuldigung wegen der Verspätung und Streichung mancher Stellen, doch war dies mit Rücksicht auf die Reizbarkeit der Staatsanwaltschaft unbedingt notwendig. — Mit Gruß: die Redaktion des Gornoslonzak.)

Aus Nr. 83 des Katolik (Beuthen DS.)

vom 18. Juli 1905:

Betrifft den Konsum „Unitas“ in Beuthen.

Am Jahrestage der Eröffnung des Konsums „Unitas“ (e. G. m. b. H.) in Beuthen versammelte sich der Aufsichtsrat, um die Berichte des Vorstandes über den Verlauf der Geschäfte des Konsums im verflossenen Jahre entgegenzunehmen und sie gründlich zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung teilen wir den Mitgliedern der Genossenschaft mit. Am Tage der Geschäftseröffnung zählte die Genossenschaft des Konsums „Unitas“ 164 gerichtlich eingetragene Mitglieder. Diese Zahl genügte nicht, um dem Konsum die Existenz zu sichern, daher bot auch der Vorstand alle Kräfte auf, um die Zahl der Genossen zu vergrößern; leider ging aber die Sache schwieriger von statten, als man gehofft hatte. Verschiedene Umstände trugen hierzu bei: die Fürsorge verschiedener „Busenfreunde“ schreckte kleinnütige Leute ab, und auch bei den Unfrigen hatten wir die Eiskruste der Gleichgültigkeit, des Mißtrauens, der unrichtigen Auffassung der Sache zu durchbrechen. Wir verloren aber den Mut nicht und brachten es fertig, alle Hindernisse zu überwinden; die Zahl der Mitglieder wuchs zwar langsam aber beständig, so daß wir nach Verlauf von neun Monaten an die Eröffnung einer Filiale in Lipine herantreten konnten, wo die Bevölkerung

eifrig und zahlreich dem Konsum beitrug. Daher hat auch diese Filiale von dem Eröffnungstage an eine gesicherte Zukunft. Das flößte uns den Mut ein, im verflossenen Monat eine zweite Filiale im Bezirk Zabrze zu gründen. Auch in diesem Bezirk hatten wir Schwierigkeiten hinsichtlich der Pachtung eines Lokals; nach langem vergeblichen Suchen fanden wir ein Lokal im Hause des Herrn Potstada, Dorotheenstraße Nr. 59. Manche Mitglieder von der anderen Seite Zabrze's hätten den Konsum lieber näher gewollt, doch gelang es dem Vorstande, sie zu überzeugen, daß sie auf die Eröffnung von Filialen auch an anderen Orten nur dann rechnen können, wenn sie die Bestrebungen des Vorstands einmütig und tatkräftig unterstützen werden. Infolgedessen hob sich in den letzten Tagen das Geschäft in Zabrze und man darf mit Recht erwarten, daß auch diese Filiale in kurzem auf eigenen Füßen stehen wird. Gegenwärtig zählen wir über 1600 gerichtlich eingetragene Mitglieder, d. i. zehnmal soviel als am Eröffnungstage des ersten Ladens in Beuthen. Diese ansehnliche Zahl ist der beste Beweis für das Vertrauen, welches unsere Volksgemeinschaft der Konsumgenossenschaft schenkt, und sie leistet uns die Gewähr für eine günstige Entwicklung. Wir fordern daher alle gutwilligen Leute auf, auch fernerhin zugunsten unserer Sache tüchtig zu agitieren, damit wir am nächsten Jahrestage unseres Bestehens wiederum einen zehnmal größeren Beitritt von Mitgliedern verzeichnen könnten.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß der Konsum ein lebensfähiges Unternehmen ist und der Vorstand sein Amt mit Fleiß und Umsicht versieht. Der lebhafteste Handelsverkehr in den drei Konsumläden bestätigt nicht nur das Bedürfnis einer solchen Handelsgenossenschaft, sondern er berechtigt gleichzeitig zu der Hoffnung, daß eine Genossenschaft, die sich des Vertrauens einer so beträchtlichen Mitgliederzahl erfreut, auf eine Zukunft rechnen darf. Man muß dem Konsum eine solche Entwicklung wünschen, wie andere Konsume hatten, die aus kleinen Anfängen große Handelsunternehmungen wurden. Auch die „Unitas“ fing klein an, und sie wird immer größer. Sie wird noch mehr wachsen, wenn die Bevölkerung sie unterstützen wird, wie der obige Bericht des Konsums empfiehlt.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 162 des Gornosłazak (Rattowitz)

vom 15. Juli 1905:

Dresden.

Dank günstigen Verhältnissen wurde hier ein polnischer Verein „Filaretia“ gegründet, welcher als literarisch-wissenschaftlicher Studentenzirkel vom hiesigen Senat der Polytechnik bestätigt wurde. Indem wir dies der breiten Allgemeinheit zur Kenntnis bringen, drücken wir den Wunsch aus, ein möglichst enges Band mit den Landsleuten in der Heimat und Fremde zu knüpfen und in rein fortschrittlicher Richtung vorwärts zu streben.

Die Adresse des Vereinslokales lautet:

„Filaretia“, Dresden A., Schnorrstr. 13 I.

Aus Nr. 161 des Wielkopolanin (Posen)
vom 18. Juli 1905:

„Ihr wollt also eine Parochie in der Parochie haben? Das werde ich nie zugeben!“

(Etwas über die westfälische Kirchlichkeit und ihr Verhältnis zur polnischen Sprache in der Kirche.)

Das polnische Kirchenkomitee in Herne, einer in Westfalen gelegenen Stadt, war vor kurzem, wie ich in einigen unsrer Blätter gelesen habe, bei dem Ortspfarrer mit der Bitte um Berücksichtigung der polnischen Sprache bei den kirchlichen Handlungen, und namentlich bei den Taufen, Trauungen und Begräbnissen. Der Propst aber antwortete darauf: „Ihr wollt also eine Parochie in der Parochie haben? Das werde ich nie zugeben!“

Es ist das eine sehr, sehr wichtige Sache! Die polnische Sprache bei Taufen, Trauungen und Begräbnissen ist organisch mit der Frage der polnischen Seelsorge in der Fremde verknüpft, und darum erfordern die oben angezogenen Worte des Herner Propstes eine nähere Aufklärung.

Hinsichtlich der Abneigung gegenüber der polnischen Sprache bei Taufen, Trauungen und Begräbnissen bildet der Herner Propst keine Ausnahme, — er steht nicht vereinzelt da. Zur Zeit meines Aufenthalts in Westfalen habe ich mich überzeugt, daß die dortige Geistlichkeit mit mehr oder weniger Wärme den polnischen Predigten, der polnischen Beichte und dem polnischen Liede freundlich gegenübersteht, dagegen entweder direkter Gegner der polnischen Taufen, Trauungen und Begräbnisse ist, oder diese Amtshandlungen in polnischer Sprache abzuhalten unter verschiedenen Vorwänden vermeidet. Bald steht hier der Mangel einer ausdrücklichen bischöflichen Verfügung hindernd im Wege, bald wächst der einschlägige Geistliche seine Hände in Unschuld mit dem Argument: „Ich verstehe nicht polnisch, mithin kann ich nicht!“, bald hört man chauvinistische Äußerungen, wie: „Wozu und weshalb?“, „Das geschah hier noch nie!“, „Auf uraltm germanischen Boden dies zu fordern ziemt sich nicht!“, „Ihr seid Zuzügler, mithin habt Ihr Euch nach uns zu richten!“ usw. In dem Kloster der Franziskaner in Dortmund und der Redemptoristen in Bochum können einige Patres erträglich polnisch, und sie halten für die Polen bald im Orte, bald in den Nachbarparochien Andacht ab, wo der Propst oder der Vikar des Polnischen nicht mächtig sind. Aber die rührige, seelsorgerische Tätigkeit der Mönche beschränkt sich auf das Predigen, Beichtehören und das Disponieren Sterbender für den Tod. Keiner von ihnen wird ein neugeborenes Kind taufen, oder Nupturienten ehelich miteinander verbinden, oder eine Grabrede halten, — da diese Funktionen die Grenze der Attributionen der Klostergeistlichkeit überschreiten und ausschließlich Sache der weltlichen Geistlichkeit sind. Höchstens die Geistlichen Szotowski und Liß haben polnisch getauft, getraut und beerdigt. Im übrigen zweifle ich daran, daß ein derartiger Fall unter unsern Landesleuten in Westfalen und Rheinland jemals vorgekommen ist.

Die katholische Geistlichkeit in der Fremde ist mithin in Sachen der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse des polnischen Volkes zweifacher Art. Sie erkennt nur die Notwendigkeit polnischer Belehrung von der Kanzel her und polnischer Beichte an und sie toleriert den polnischen Kirchengesang, von polnischen Taufen, Trauungen und Begräbnissen hingegen will sie nichts wissen.

Und doch gehören die Taufen und Trauungen als Sakramente und daneben auch die Beerdigungen zu den seelsorgerischen Handlungen ebenso wie alle

übrigen, — sie sind ein untrennbarer Teil des Wesens der Seelsorge.

Die rheinisch-westfälische Geistlichkeit setzt sich, indem sie das Eine gewährt und das Andere nicht gewähren will, in Widerspruch zu ihrem hohen Beruf, — sie ist zwiesältig, und diese Zwiesältigkeit verletzt umsomehr, als die polnischen Kinder sogar den Vorbereitungsunterricht für die hl. Sakramente deutsch empfangen, und als zur Zugabe an die polnischen Kinder, welche zum ersten Male zur Beichte gehen, von keinem Geistlichen eine polnische Ansprache gehalten wird, sondern sie behandelt werden, als wären es deutsche Kinder.

Mithin ist die Tatsache, daß man den Polen bei der Taufe, der ersten Beichte und der hl. Kommunion, bei den Eheschließungen und Beerdigungen die deutsche Sprache aufdrängt, ein Attentat auf die polnische Nationalität.

Hier stehen wir vor der Frage, ob die deutsche Geistlichkeit im Westen sich dieses Attentat absichtlich und bewußt zu schulden kommen läßt. Darauf antworte ich, daß man die westfälischen und rheinischen Geistlichen hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber der polnischen Sache in vier Kategorien teilen kann.

1. Die Einen, welche mehr dem deutschen als dem katholischen Empfinden nachgeben, zeigen den slavischen Ankömmlingen offene Abneigung und sie schränken, wo sie irgend können, die polnische Sprache in der Kirche ad minimum ein.

2. Die Zweiten nehmen der polnischen Sprache gegenüber eine feindliche Stellung ein, nicht aus natürlicher Rassenabneigung, an der bekanntlich die Katakisten leiden, sondern deshalb, weil sie in den Geist des Katholizismus nicht tiefer eingedrungen sind, daher praktische Vorteile den idealen Gütern voransetzen und die Ausrottung des Polentums in der deutschen Fremde als für die Emigranten selbst erwünscht ansehen.

3. Andere wissen die nationale Sonderstellung, die Gott dem polnischen Volke gegeben hat, prinzipiell zu achten, und sie geben dieser ihrer Gesinnung dadurch Ausdruck, daß sie die Bestrebungen der Emigranten um die Erhaltung der polnischen Charakteristika in der Fremde geradezu begünstigen oder auch dadurch, daß sie diesen Bestrebungen keinesfalls Widerstand entgegenzusetzen wollen.

4. Andere wiederum tolerieren die polnische Sprache nicht aus grundsätzlichem Wohlwollen, sondern aus opportunistischen Beweggründen, indem sie wohl begreifen, daß der, welcher die Muttersprache der Zuzügler aus dem Osten geringschätzig behandelt, damit ihren religiösen Eifer abkühlt, sie der Kirche abspenstig macht und wider Willen dem sozialistischen Polypen in die Arme treibt.

Der Zahl nach am schwächsten sind die erste und dritte Gruppe, die stärksten die zweite und vierte. Nimmt man aber die Geistlichkeit als Ganzes, dann bilden eine ungeheure, überwiegende Phalanx diejenigen Geistlichen, denen es scheint, sie hätten die moralische Pflicht, die polnische Sprache lediglich bezüglich der Zuzügler selbst, also bezüglich der älteren Generation zu berücksichtigen, die nach dem Westen kommt. Nach Ansicht der Mehrheit der westfälisch-rheinischen Geistlichen hört diese Pflicht sofort auf und sie wird hinfällig bezüglich der in der Fremde geborenen und erzogenen polnischen Kinder. Darin, daß die junge Generation im deutschen Element aufgeht, sehen die Geistlichen nichts Verkehrtes. Zwar sagen sie das nicht laut, aber ihr Verhalten läßt dies erkennen.

Damit erklären sich auch die deutschen Taufen polnischer Kinder und der deutsche Vorbereitungs-

unterricht für die hl. Sakramente usw. Ferner ist das Vermeiden der polnischen Sprache bei den kirchlichen Handlungen, von denen oben die Rede ist, allgemein, systematisch. Daher scheint die Vermutung gerechtfertigt, daß entweder die Geistlichkeit aus eigenem Antriebe sich unter sich dahin verständigt hat oder daß sie gemäß Weisungen der Diözesanoberen handelt. Hier öffnet sich ein Feld für verschiedene Bemerkungen.

Ich hebe aber nur das hervor, was ich positiv weiß, und zwar:

- a) daß die westfälisch-rheinische Geistlichkeit von Zeit zu Zeit Konferenzen abhält, in denen darüber beraten wird, was gegenüber den laufenden Forderungen unserer Auswanderer anzufangen sei;
- b) daß die bischöflichen Rundschreiben nur von den polnischen Predigten und vom polnischen Beichte-hören für Erwachsene reden, dagegen von polnischen Taufen, von der polnischen Beichte der Kinder, von den polnischen Trauungen und Begräbnissen schweigen.

Die bischöflichen Rundschreiben sind sozusagen diplomatisch abgefaßt. Ausdrücklich verbieten sie die polnischen Taufen und die übrigen kirchlichen Amtshandlungen in polnischer Sprache, welche hauptsächlich die Kinder angehen, nicht, aber sie empfehlen sie auch nicht und ordnen sie auch nicht an. Ob diese Taktik der Diözesanobrigkeit eine spontane oder ob sie eine Folge von Beschlüssen ist, die in den Konferenzen der Geistlichkeit gefaßt werden, das weiß ich nicht genau, — und es scheint, daß die Beschlüsse der Geistlichkeit ihr als Grundlage dienen. Diese meine Vermutung stütze ich u. a. darauf, was in dieser Materie mir der Herr Bischof von Münster Hermann Dingelstad gesagt hat, als ich am 19. März 1904 bei ihm eine Audienz in der Delmenhorster Angelegenheit hatte.

Die Sache verhielt sich so:

Ich legte dem Herrn Bischof die Petition der Delmenhorster Polen vor, in welcher sie um einen polnischen Geistlichen ersuchten, welcher polnische Andachten abhalten, auch polnisch taufen, polnisch trauen und die Verstorbenen polnisch beerdigen sollte.

Darauf erwiderte der Herr Bischof, nachdem er das Schreiben gelesen, er werde nach Delmenhorst einen Geistlichen senden, damit er polnisch Andacht abhalte und polnisch Beichte höre. Gegen das polnische Kirchenlied hatte der Herr Bischof nichts einzuwenden, dagegen mißfiel ihm die Forderung polnischer Taufen, Trauungen und Beerdigungen. Er fügte hinzu, die Geistlichen erachteten dies als nicht durchaus nötig. Daraus würde hervorgehen, daß die bischöflichen Verfügungen und die Beschlüsse der Geistlichkeit mit sich in engem Zusammenhange stehen.

Der Herr Bischof Hermann ist sanften Charakters, und ich habe den Eindruck davongetragen, daß die Polen in der Fremde an ihm einen warmen Verteidiger haben würden, wenn sie oft nicht so viel schreien und extremen Strömungen huldigten. Er sagte nämlich: „Mögen sie überlegter sein, dann werden sie mit der Zeit mehr gewinnen; sie sollten mir die Stellung nicht erschweren, das liegt in ihrem eigenen Interesse.“

Aus anderen Bemerkungen des Herrn Bischofs erkannte ich, daß ihm die Stellung noch jemand anders, ein Mächtigerer erschwere, als unsere Emigranten in der Fremde, welche sich aus Lärmen und extremen Strömungen ein Vergnügen machen, — aber davon später.

Jener andre Jemand erschwert dem Bischof seine Stellung auf die Weise, daß er einmal über das andre den Bischof drängt, den Polen so wenig als möglich zu geben.

Vielleicht wird mir jemand vorwerfen, daß ich mit meinen Enthüllungen über die Abneigung des Bischofs von Münster in Sachen der polnischen Taufen, Trauungen und Begräbnisse etwas sehr spät hervorgetreten sei. Ich hatte aber einen Anlaß, mit Redseligkeit nicht allzu eilig zu sein. Ich erzählte den Verlauf der Münster'schen Audienz getreu den Herren Hupka und Pawlak aus Delmenhorst sofort auf frischer Tat, und diese Herren haben mich selbst verpflichtet, von den Taufen, Trauungen und Begräbnissen momentan zu schweigen, da Hitzköpfe untrüglich sofort würden Lärm geschlagen haben und statt zu helfen leicht hätten Schaden können. Die Hauptsache war ja doch, einen polnischen Geistlichen nach Delmenhorst zu bekommen, alles übrige wird sich, wie der Herr Bischof zu verstehen gab, allmählich von selbst finden.

Die Herren Hupka und Pawlak haben ungewöhnliches politisches Verständnis gezeigt. Sie haben begriffen, daß man das nehmen muß, was man unter den gegebenen Verhältnissen erlangen kann. Wegen des Festes muß man beharrlich und überlegt anklopfen, bis man schließlich siegt, denn Recht und Gerechtigkeit müssen früher oder später triumphieren.

Die Herren Hupka und Pawlak könnte sich so mancher unsrer Landsleute in der Fremde zum Muster nehmen. Verständige Festigkeit kommt unvergleichlich eher ans Ziel als Hitzköpfigkeit.

Von dem Kern der Münster'schen Audienz ziehe ich heut den Schleier fort mit Rücksicht auf den chauvinistischen Herner Ausruf: „Ihr wollt also eine Parochie in der Parochie haben?“ Das werde ich nie zugeben!“

Diese Worte hat der Herner Propst sehr zur Unzeit gesprochen. Daran kann sich niemand erbauen. Im Gegenteil, das polnische Volk, das heut ein sehr hochentwickeltes Nationalgefühl hat, muß sich durch die Herner Strenge empfindlich getroffen fühlen und sein Mißtrauen gegen die katholische Geistlichkeit in der Fremde wird noch mehr wachsen. Sollte sich in Hern die Theorie bezahlt machen, daß es besser sein werde, wenn sich das Mißtrauen des polnischen Volkes gegenüber der Geistlichkeit in Widerwillen und Haß umwandle, damit dann den Sozialisten der Fischfang im Trüben umso besser gelinge? Solche Parochien in der Parochie, wie sie der Herner Propst fürchtet, gibt es in Polen eine Menge; denn die deutschen Katholiken wissen in Posen und in Pöplin alles zu erhalten, was sie irgend für ihre Sprache wünschen. Das sollte sich der Herner Propst gründlich überlegen, und die Konsequenzen daraus werden sich von selbst ergeben.

Aber nicht nur der Herner Propst hat Anlaß, mit seinen dunklen Trieben zurückzuhalten, sondern neben ihm sollte die ganze Geistlichkeit im Westen ihr Verhältnis zu unsern Emigranten und zu deren sprachlichen Forderungen schneller einer gründlichen Revision unterziehen.

Das heißt in erster Linie das geistliche Wohl des Volkes selbst, nicht minder das Wohl der Kirche und auch das wohlverstandene Interesse des Staates.

Merkwürdig, sehr merkwürdig muß jedem nüchterner Denkenden die Befürchtung erscheinen, daß infolge einer polnischen Taufe, Trauung oder Beerdigung das Deutschtum oder die Macht Preußens Schaden leiden werde. Die Spannung zwischen den Polen im Westen und zwischen der dortigen Geistlichkeit ist schon soweit gelangt, daß solche Ausrufe, wie der neueste Herner, das Maß voll machen können, sie sind ein Spiel mit Feuer. Man darf nicht vergessen, daß in Westfalen etwa $\frac{1}{4}$ Million Polen sitzen, und das wäre kein schlechter Bissen für die rote Internationale. Man kann auch nicht verlangen, daß alle unsere Landsleute in der Fremde die Tugenden des Hupka

und des Pawlak besitzen. Wird doch der phlegmatische Deutsche sehr aufgebracht, wenn jemand seine Rationalität antastet, und der von Natur heißblütige Pole soll den Mund nicht aufstun?

Indem ich obige Ausführungen niederschreibe, bin ich fern von aggressiven Absichten. Ich fordere niemanden heraus, schreibe vielmehr die Wahrheit im Interesse des Gemeinwohls. Westfalen bietet das Schauspiel, daß das polnische Volk mit seinen Stimmen katholische Kandidaten nicht unterstützen will, was das Zentrum hauptsächlich bedauert. Möge aber die westfälische Geistlichkeit die Ursachen des Übels beseitigen, dann wird das Übel von selbst verschwinden.
M. Lukowski.

Aus Nr. 157 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 13. Juli 1905:

Sokols aus Werk!

In dem Organ des Verbandes der polnischen Sokolvereine für das Deutsche Reich finden wir in der Julinummer eine Ankündigung, daß der Verbandsvorstand zum Herbst d. J. einen neuen Fragebogen vorbereitet, mit deren Hilfe er Kenntnis über die Fortschritte auf dem Gebiete nationaler Aufklärung, des Unterrichts polnischer Sprache, der Literatur und polnischen Geschichte usw. in den einzelnen Vereinen im Sinne der auf dem im März d. J. abgehaltenen Delegiertentage beschlossenen Resolution erlangen will.

In dem in dieser Nummer enthaltenen Artikel, welcher den Titel „Die Gaue und die Resolution“ führt, lesen wir weiter, daß in einigen Vereinen schon regelmäßige Kurse der polnischen Geschichte eingeführt worden sind, in anderen Vereinen werden wiederum von den Vortragenden Vorträge aus der polnischen Literatur und aus dem sozialen Gebiete gehalten. Von einigen Vereinen sind Anfragen über die besten Bücher für Kinder eingegangen; mit einem Worte — schreibt der Sokol — es ist Hoffnung vorhanden, daß das Sokoltum im Laufe des Winters auf neue Bahnen gelenkt werden wird.

Der Verbandsvorstand wird gewiß Enttäuschungen erleben, wenn er von den Sokolvereinen aus dem Emigrantentum auf die gestellten Fragen in dem projektierten Fragebogen Antwort erhalten wird. Wir wollen nicht übertreiben, daß die Sokolvereine im Emigrantentum, was die Beteiligung an den Turnübungen anbetrifft, vielleicht manchen Verein aus dem Großherzogtum Posen übertreffen werden, was aber die Weckung des nationalen Geistes und die Aufklärung anbetrifft, so zweifeln wir, ob vielleicht außer zwei oder drei Vereinen die übrigen Vereine daran gedacht haben, daß die oben erwähnte „Resolution“ nicht deshalb angenommen worden ist, um von den „Sokols“ nicht befolgt zu werden. Wir haben auch noch nicht gehört, daß Vereine, welche eine große Mitgliederzahl besitzen, daran gedacht hätten, die auf dem Delegiertentage in Posen angenommenen Beschlüsse möglichst schnell zur Ausführung zu bringen. So mancher Verein hat seit dieser Zeit mindestens 5 Versammlungen abgehalten, aber es wurde gewiß noch keine von ihnen durch einen Vortrag oder durch eine lehrreiche Vorlesung interessanter gestaltet, trotzdem polnische Blätter Anregungen und Aufrufe veröffentlicht haben, welche die „Sokols“ zur Arbeit nach dieser Richtung hätten wachrufen müssen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Wir haben die Hoffnung, daß die „Sokols“ im Emigrantentum wie nach vielen anderen Richtungen hin so auf dem Gebiete des be-

kannten Ziels nationaler Arbeit hinter anderen nicht zurückbleiben und sich lebhaft ans Werk machen werden, damit, wenn der Verbandsvorstand Nachfrage über die Fortschritte im Verein halten, der Schriftführer nicht gezwungen sein wird, eine Antwort zu erteilen, welche für den Verein ungünstiges Zeugnis ablegt. Rotten wir — ruft der Sokol — das öde Geschwätz aus unseren Versammlungen aus, beseitigen wir die ewig dauernden Diskussionen über die Vergnügungen usw. und ersetzen wir sie durch Lesen, Halten von Vorträgen, Turnübungen, im schlimmsten Falle aber durch Gesang und Besprechungen über lokale Angelegenheiten, Reichstagswahlen, Landtagswahlen, Stadtverordnetenwahlen und Krankentassenwahlen. Dort liegen für manchen vollständig unbekannte Schätze verwahrt, und wir müßten uns doch von Jugend an zu aufgeklärten und tüchtigen Bürgern heranbilden. Lassen wir also von jetzt ab keine unserer monatlichen Versammlungen ohne wirklichen Nutzen für den Geist vorübergehen. Pflicht eines jeden wahren Sokols ist es nämlich: Auf die geistige und körperliche Gesundheit der eigenen Person und der der Landsleute bedacht zu sein, die Reinheit der polnischen Sprache und Schreibweise zu bewahren, den polnischen Handel und das Gewerbe zu unterstützen, eifrig daran zu arbeiten, daß die Kinder polnisch schreiben und lesen können, und das Volk aufzuklären und an sich zu ziehen, um es für die nationale Arbeit zu gewinnen.

Bei dem Halten von Vorträgen und Vorlesungen braucht sich niemand Fesseln anzulegen, nachdem das Tätigkeitsfeld der „Sokols“ ausgedehnt worden ist. Während wir früher Vorträge und Diskussionen über öffentliche Angelegenheiten sorgfältig gemieden haben, können wir heute, durch die Behörden veranlaßt, über alles sprechen, was uns als Glieder des lebenden Volkes in den drei Landesteilen schmerzt und freut. Gewiß warnt der Verbandsvorsitzende — man schüttet vor Fremden niemals gern sein Herz offen aus, sondern nur vor wirklichen Freunden. — Soviel es sich um Debatten handelt, steht der Behörde nur das Recht zu, eine Versammlung aufzulösen, wenn jemand in der Versammlung zu strafbaren Handlungen auffordert oder aufreizt, z. B. zu Gewalttätigkeiten oder zum Klassenhaß. (sfr. § 5 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850.)

Aus Nr. 158 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 14. Juli 1905:

Lütgendortmund.

Am Sonntag, den 9. d. Mts., fand die jährliche Generalversammlung des St. Kasimir-Vereins statt. In den Vorstand wurden gewählt: Josef Trzebnia, Vorsitzender; Sz. Koscielny, stellvertretender Vorsitzender; W. Musielak, Schriftführer; Stanislaus Kasmierczak, stellvertretender Schriftführer; Johann Kalinowski, Kassierer; Johann Kaczynski, stellvertretender Kassierer; W. Podlowski, Bibliothekar; Johann Jankowiak, stellvertretender Bibliothekar; St. Trzebnia und Johann Mierzynski als Kassenrevisoren; St. Rogalka und Johann Switalski als Fahnenträger; W. Janiszewski und St. Pawlak als Fahnenjunker und Jakob Mozakowski und Boleslaus Hyczyk als Beisitzer. Es werden sämtliche Mitglieder, welche den neuen Vorstand gewählt haben, gebeten, ihr in der Versammlung abgegebenes Versprechen zu halten, damit der Verein blühe und nicht zurückgehe. Auch werden alle diejenigen, welche mit den Monatsbeiträgen im Rückstande sind, gebeten, diese zu bezahlen. Geehrte Landsleute aus

Lütgendortmund und Umgegend, seit darum bemüht, daß auch die letzten aus dem Traume erwachen, damit wir wiederum für das Wohl der Allgemeinheit gemeinschaftlich arbeiten können.

Josef Trzebnia, Vorsitzender.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 54 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 12. Juli 1905:

Berichtigung.

Aus Versehen haben sich in den Bericht über die rheinisch-westfälische Konferenz des P. P. S. einige Irrtümer eingeschlichen. Zunächst antwortete auf die gegen das Komitee seitens einiger Genossen erhobenen Vorwürfe Genosse Tuszyński, und nicht, wie irrtümlich berichtet wurde, Genosse Prudlo. — Ferner sprach Genosse Jeziorowski von dem Vereine „Bratnia pomoc“ (Bruderhilfe), und nicht von dem Verein „Dziwiata“. (Siehe Gesamtüberblick Nr. 26 und 27 I. J.).

Aus Nr. 161 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 18. Juli 1905:

Zabrze.

Deutsche Blätter berichten, daß der Hauptführer der polnisch-sozialdemokratischen Partei Haase und eine gewisse Frau Stefanowska nach Zabrze übersiedeln, um desto tatkräftiger und erfolgreicher zugunsten ihres Kandidaten agitieren zu können. Unsere Volksgenossen aus Zabrze müßten jedoch den Sozialdemokraten beweisen, daß Zabrze „nicht eine Wurst für den Hund“ sei. In Zabrze muß unser polnischer Kandidat Herr Korfanty obenan stehen, zu seinen Gunsten allein müssen unsere aufgeklärten Arbeiter agitieren und für ihn stimmen.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 158 der Nowa Reforma (Kraau)

vom 14. Juli 1905:

Neue Herausforderung.

Wilhelm II. beabsichtigt seinen zahlreichen früheren Herausforderungen des polnischen Volkes eine neue, noch schmerzlichere hinzuzufügen. Die deutschen Blätter teilen mit, daß er während seines bereits angekündigten Aufenthalts in der Provinz Posen im Monat August d. J. auch den Gnesener Dom und das Grab des heiligen Adalbert besuchen werde. Dort soll ihn — wie deutsche Blätter melden — vor der Pforte der Kathedrale Erzbischof v. Stablewski, umgeben von den Bischöfen und Mitgliedern des Gnesener und Posener Domkapitels, empfangen. Der Erzbischof wird eine kurze Ansprache an den Kaiser halten, welcher demnächst in feierlicher Prozession unter den Hymnenklängen des „Te Deum laudamus“ in die Kathedrale eingeführt werden wird. Hier werden dem Kaiser die Reliquien des heiligen Adalbert gezeigt werden. Dem Kaiserbesuche des Gnesener Domes schreiben die deutschen Blätter eine große Bedeutung zu. Die Posener polnischen Blätter beschränken sich lediglich auf die Wiedergabe dieser Nachricht und bemerken ihrerseits nichts. Es darf angenommen werden, daß Wilhelm II.

fogar von diesem, unserem Herzen so teuren Gotteshaufe, der Mutter der polnischen Kirchen aus, uns neue Herausforderungen ins Gesicht schleudern wird.

Aus Nr. 160 der „Nowa Reforma“ (Kraau)

vom 16. Juli 1905.

Am Jahrestage der Schlacht bei Grunwald.

Als uns vor drei Jahren Wilhelm II. aus dem erneuerten Marienburger Schlosse eine neue Herausforderung entgegenschleuderte, als er den Schutz unserer Rechte als „sarmatischen Übermut“ bezeichnete, antwortete die polnische Nation darauf mit der Wiedereinführung der Jahresfeier der Schlacht bei Grunwald. Dies war die richtige Antwort, denn sie erinnerte unseren Erbfeind daran, daß nicht immer seine eiserne Faust auf uns lastete, daß es im Gegenteil eine Zeit gab, in welcher er sich zu den polnischen Füßen im Staube wälzte. Die Feier erinnerte ihn an die Veränderlichkeit der Schicksale der Menschen und Nationen und an die große geschichtliche Lehre, daß ein sich lediglich auf die rohe Macht und Gewalt stützendes Reich nicht von Dauer sei. Wie vor Jahrhunderten der deutsche Orden, der hervorragendste Vertreter des Gedankens: „Macht geht vor Recht“, in die Brüche ging, so kann auch dereinst das ungeheure Staatsgebäude der krenzritterlichen Epigone, welche demselben Grundfeste huldigen, in Trümmer zerfallen.

Der durch Erfolge beirrte Hochmut achtet nicht auf geschichtliche Warnungen. Die Erinnerung an die Niederlage bei Grunwald unterbrach nicht die Reihe der Schläge und Verfolgungen, durch welche die preussische Regierung die an der Warthe, Weichsel und Oder ansässige polnische Bevölkerung auszurotten versucht. Der stolze Herrscher Deutschlands bereitet sich jetzt zu einer neuen Herausforderung uns gegenüber vor: er zwingt den Nachfolger der polnischen Primasse, ihm in der St. Adalbert-Kathedrale in Gnesen eine Huldigung darzubringen. Unter dem Zeichen der neuen Herausforderung begehen wir heute die vierhundertfünfundneunzigste Jahresfeier der Schlacht bei Grunwald. Wir begehen sie bescheiden, ohne irgendwelche Zeichen einer Kundgebung. Die Bedeutung solcher Feiern ist nicht in deren äußerem Charakter, sondern lediglich in ihrem Inhalte und in ihrer Fähigkeit, auf die jetzige Generation einzuwirken, zu suchen.

In dem Grunwalder Jahrestage ist eine große Kraft enthalten. Er erinnert daran, zu welcher mächtigen Taten wir fähig waren, solange noch Willenskraft in der Nation vorhanden war, solange die ganze Nation einen geschlossenen Körper bildete. Heute sind wir ziffermäßig stärker als damals. Wenn wir den Geist wieder aufrichten, welcher den Grunwalder Sieg hervorbrachte, wird die krenzritterlich-germanische Macht an der Brust der polnischen Nation zerschellen.

Aus Nr. 154 der Nowa Reforma (Kraau)

vom 9. Juli 1905:

Bülow und Jaures.

Der deutsche Reichstanzler, Fürst v. Bülow, hat der politischen Welt eine nicht geringe Überraschung bereitet. Sein Konflikt mit dem Anführer der französischen Sozialdemokraten, Jaures, ist ein Ereignis, welches nach der Ansicht politischer Geschichtsschreiber noch keinen analogen oder auch nur ähnlichen Vorgang

hat. Zum erstenmal kommt es vor, — so schreiben manche Blätter — daß der Leiter der Politik einer Großmacht mit solcher Rücksichtnahme den Führer der politischen Partei eines anderen Staates behandelt. Als Bülow seine ungewöhnlich zuvorkommende Note an den deutschen Botschafter in Paris gegen die beabsichtigte Reise Jaurès nach Berlin richtete, bediente er sich dem sozialistischen Führer gegenüber eines Mittels, welches in der Diplomatie eigentlich nur den Regierenden gegenüber zur Anwendung zu kommen pflegt, er erwies also Jaurès gewissermaßen eine Ehre, welche bis jetzt nur gekrönten Häuptern oder den Staatspräsidenten zukam. Dies fällt umsomehr auf, als gerade die deutsche Regierung den Sozialdemokraten im Auslande gegenüber gewöhnlich rücksichtslos verfährt. So wurde z. B. vor einem Jahre der Abgeordnete Pernersdorf aus Wien, welcher in Deutschland öffentlich sprechen wollte, ohne weiteres von dort ausgewiesen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die ungewöhnliche Form des diplomatischen Schrittes Jaurès gegenüber dem Reichskanzler schwer und unangenehm war. Es ist ja bekannt, daß er überhaupt ein erbitterter Feind der Sozialdemokratie ist; wir wissen, mit welcher Beredsamkeit und Verbissenheit er im deutschen Reichstage gegen die sozialistischen Abgeordneten gekämpft hat. Man erzählt sich sogar, daß er die letzte Reichstagsaison nur aus dem Grunde vorzeitig geschlossen habe, um einige wegen verschiedener politischer Vergehen angeklagte sozialistische Abgeordnete vor die Gerichtsschranken zu stellen. In diesem Falle jedoch geriet er in eine doppelt unangenehme Lage. Jaurès ist nämlich nicht nur Führer der französischen Sozialdemokraten, sondern auch der wärmste Anhänger der Annäherung Frankreichs an Deutschland. Er hauptsächlich brachte Delcassé zum Falle, er trug nicht zum geringen Teil dazu bei, daß die französische Regierung den Forderungen Deutschlands in der marokkanischen Angelegenheit nachgab. Einen derartigen Bundesgenossen wollte und konnte Bülow sich nicht abgeneigt machen. Andererseits würde die Tatsache, daß er in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin sprechen und dort für das Zustandekommen eines englisch-französischen Bündnisses eintreten sollte, das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie gehoben haben, und dies wollte Bülow durchaus verhindern. Und aus diesen beiden Gründen griff er schließlich zu dem geradezu unerhörten Mittel, wie dies seine Note ist.

Jaurès, als ein gewiegter Politiker, verstand die Beweggründe Bülows. Um seiner Idee nicht zu schaden, verzichtete er auf die Reise nach Berlin. Er gab jedoch in seiner „Humanité“ auf die Note des Reichskanzlers eine Antwort. Wir bezweifeln jedoch, ob dem Fürsten Bülow diese Antwort angenehm sein wird. In den reaktionären Kreisen Deutschlands wird ihm seine Demütigung vor Jaurès als ein großes Verbrechen angerechnet.

Aus Nr. 316 des *Slowo Polskie* (Lemberg)

vom 10. Juli 1905:

Die polnische Politik und der Dreibund.

Jetzt, wo im fernen Osten Rußlands Macht und politisches Ansehen in Trümmer zerfallen, wo unter der Wucht japanischer Geschosse die bisherigen politischen Gruppierungen zerstreut und verschwinden, ist es Zeit, daß auch wir die Aufgaben unserer Politik unter den so gründlich veränderten inter-

nationalen Verhältnissen ruhig und ernst ins Auge fassen. Bei dieser Erwägung müssen wir jegliche Voreingenommenheit, jegliche einseitigen, noch so tief eingewurzelten Ansichten, welche, gestern noch berechtigt, heute keine rationelle Unterlage mehr haben, beiseite legen.

Einer der Hauptgrundsätze unserer Politik in Österreich war die indirekte Unterstützung der Dreibundsidee, als der praktisch für uns günstigsten Gruppierung der mitteleuropäischen Staaten. Geleitet von ruhiger Überlegung und der Rücksicht auf das Nationalwohl und nicht von trügerischen Hoffnungen und Stimmungen, sind unsere Politiker selbst unter den grenzenlos brutalen und raffinierten Verfolgungen der preussischen Regierung von dieser Ansicht nicht abgewichen. Weder die Studentenprozesse, noch die Breschener Krawalle, noch die Ausnahme Gesetze vermochten unsere Delegation in Wien gegen den Dreibund zu richten.

Im Gegenteil. Als die Petersburger Verböhrer, die gerechtfertigte Entrüstung der Gesellschaft gegen Petersburg benutzend, die politischen Hoffnungen der Gesellschaft umstimmen wollten, wurde hiergegen ein kräftiger und erfolgreicher Einspruch erhoben. Gegenwärtig jedoch macht die öffentliche Nationalmeinung in Betreff des Dreibundes ein ernstes Fragezeichen?

Nach der Niederwerfung Rußlands bleibt Preußen allein mitten in Europa mit einer mächtigen Armee, mit großen materiellen Vorräten, mit dem rücksichtslosesten Leiter an der Spitze, alle ringsherum und jeden einzelnen bedrohend. Aber eben deshalb, weil es mächtig und gefährlich ist, muß Preußen ganz Europa gegen sich haben. Es ist Zeit, an die ehemalige Koalition gegen Friedrich den Großen und an den großen Czartoryskischen „Mordplan Preußens“, wie ihn die preussischen Geschichtsschreiber bezeichnen, zu erinnern und sie ins Leben zu rufen . . .

Kurz, Preußen ist so mächtig geworden, daß es um sich her eine feindliche Koalition hervorrufen muß. In dieser Angelegenheit können auch wir eine gewisse Stimme haben. Es ist nämlich charakteristisch, daß sich stets seit der Teilung Polens, in den Epochen größerer Erschütterungen, mitten in Europa die große polnische Wunde öffnet, daß jeder geschichtliche Stein gewissermaßen den Flugand, welcher durch die Sisyphusarbeit der Annekterer auf den Granitfelsen der von der Karte Europas gestrichenen Nation aufgetragen wurde, fortsetzt. Die polnische Frage bildet die Achse des napoleonischen Trauerspiels, sie entschied später wiederholt über die Gruppierungen der Mächte. Sie namentlich bedingte die preussischen Beziehungen.

In dieser Hinsicht tritt jetzt ein Wendepunkt ein. Das geschwächte Rußland wird die verfassungsmäßige Politik den Polen gegenüber nicht aufrecht erhalten können. Jedes von uns im russischen Anteil erkämpfte Zugeständnis reißt den Kitt herunter, welcher diese beiden Mächte verbindet und muß Preußens Argwohn wecken. Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben. Preußen wird zu den äußersten Mitteln greifen, wird seinen ganzen Einfluß in Petersburg einsetzen, um den Verlauf der inneren russischen Krisis aufzuhalten und zu unseren Ungunsten auszunützen. Tun auch wir alles, was in unserer Macht steht, um diesen Einfluß, diese Macht zu schwächen, um uns andererseits tätig und als ein wichtiger Faktor in dem so entscheidenden Augenblick zu zeigen.

Von uns müßte namentlich kräftigst dahin gestrebt werden, daß sich Österreich dem englisch-französischen Bündnisse anschließe. Wir können dies um so leichter und wirksamer tun, als es im wesentlichsten Interesse Österreichs liegt, sich gegen Preußen zu sichern.

Österreich ist durch Preußen zur vollständigen Machtlosigkeit verurteilt worden. Seit dem Jahre 1879 wurde an der nordwestlichen Seite wohl auch nicht eine Schanze, im wörtlich militärischen, sowohl als auch im übertragbar politischen Sinne, errichtet. Auch die klugen Warnungen des Erzherzogs Albrecht nicht achtend, wurde die böhmische Grenze sowohl den Regimentern, als auch den Agitatoren Sr. Majestät des Königs von Preußen geöffnet. Ja, es soll sogar für die Privatdefizite eine Privatschatulle geöffnet worden sein. Und ungestraft begann eine Arbeit, deren Verlauf von verschiedenen Diplomaten als „Question d'Autriche“ bezeichnet wurde. Jetzt bietet sich die einzige, vielleicht letzte Gelegenheit, um dieser Schwäche für den verbündeten Staat erfolgreich ein Ende zu machen, um den Prozeß der friedlichen Eroberung der Habsburgischen Monarchie zu unterbrechen. Frei von Befürchtungen seitens Rußlands, könnte Österreich auch seinem bisherigen Bundesgenossen gegenüber gewisse Garantien für seine Bewegungsfreiheit erlangen, wenn es überhaupt imstande wäre, etwas kräftig zu wollen und unter seinen Bürgern einen eisernen Vollstrecker seines Willens zu finden.

Wir dürfen unseren Einfluß in der Monarchie nicht überschätzen, aber es gibt Nationen und Leute, welche ein eisernes Band des gemeinsamen Interesses mit uns verbindet, welche in uns einen erwünschten Bundesgenossen begrüßen würden.

Anton Plutynski.

Aus Nr. 322 des Slowo Polski (Lemberg)

vom 13. Juli 1905:

Gegen Preußen.

Wien, den 12. Juli 1905.

Der aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts herstammende Plan Czartoryski's ist heute noch das Ideal der Diplomaten derjenigen Staaten, welche Preußens Macht immer fester bei der Gurgel fassen will.

Mit Recht erinnert Anton Plutynski daran, daß der Zusammenschluß Frankreichs, Englands und Österreich-Ungarns gegen Preußen ein Ziel bildet, an dessen Erreichung jedem liegen müßte, welcher nicht will, daß Europa von diesem Staate verschlungen werde. Die Polen aller drei Teilungsmächte, namentlich die Polen in Österreich, welche die größte Freiheit besitzen, müssen tatsächlich aktiv vorgehen, um Österreich-Ungarn auf die Seite der antipreußischen Koalition herüberzuziehen. Derartige Pläne sind weder Trugbilder noch etwas, was nicht in Erfüllung gehen könnte. Der Schöpfer der antipreußischen Koalition ist König Eduard VII. Er ist es, welcher seit dem Jahre 1902 dahin strebt, eine Koalition nach dem Muster der Rannitz und Czartoryski zuwege zu bringen. Er bemüht sich auch, das Wiener Kabinett in diese Koalition hineinzuziehen. Seine alljährlichen Besuche in Marienbad dienen weniger gesundheitlichen Zwecken als der Stärkung politischer Bande.

Augenblicklich vernichtet anscheinend das gegenwärtige deutsch-französische Einvernehmen die Pläne Edwards VII. Doch nur anscheinend! Frankreich gibt nach, zieht sich zurück und kapituliert angeblich, weil es an Zeit gewinnen will. Solange Rußlands Hände durch den Krieg gebunden sind, muß Frankreich retzieren. Nach dem Kriege werden England und Frankreich sich alle Mühe geben, Nikolaus II. und dessen Ratgeber zur schleunigen und tatsächlichen Durchführung der Reformen zu bewegen. Bei diesen Bemühungen werden sie preußischen Intrigen begegnen. Preußen

wird sich nämlich aller Mittel bedienen, um die Reformen zu vereiteln und dadurch Rußland auch ferner durch innere Wirren machtlos zu machen. Es geht ihm um die polnische Sache und um die eigene Existenz.

Das alles, was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, ist, um sich des Ausdrucks Rud. Kiplings zu bedienen, ein großes Spiel, ein großes deshalb, weil in ihm tausende und abermals tausende kleinerer und größerer Bemühungen, Intrigen, Anstrengungen, Enttäuschungen und Triumphe zusammen fließen. . . . Das in Asien geschlagene und gedemütigte Rußland wird sich von Preußen zurückziehen. Es verbrannte sich die Finger an dessen Ratschlägen. Kiaotschau bildete das Vorpiel zur Einnahme von Port Arthur. Durch ein Bündnis mit Preußen nach dem Kriege würde es seine eigene Stellung schwächen. Die Rücksichtnahme auf Rußlands Sicherheit muß seinen Diplomaten und Leitern eine Annäherung an Frankreich, England und Österreich-Ungarn diktiert.

Aus Nr. 148 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 2. Juli 1905:

Letzte Warnung.

Aus Petersburg lief heute die Nachricht ein, daß der Admiral Krieger, welcher an der Spitze von vier Panzerschiffen nach Odessa entsendet worden ist, sich mit der Besatzung des „Potemkin“ in einen Kampf eingelassen und das Schiff, mit einem anderen zusammen, dessen Besatzung sich ebenfalls empört hatte, zum Sinken gebracht habe. Diese Nachricht ist keine amtliche, hat gewissermaßen sogar nur den Charakter eines Gerüchts. Und sollte sie auch auf Wahrheit beruhen und es der Zarenregierung wirklich gelungen sein, auch diese Flamme des Aufruhrs zu unterdrücken, so würden die Vorkommnisse, deren Schauplatz dieser Tage Odessa war, sicherlich nicht ohne wichtige Folgen bleiben. Wenn der zarische Absolutismus auch diese schreckliche Warnung nicht hören und berücksichtigen sollte, so würde er der ganzen Welt zeigen, daß er sich keine Rechenschaft abzulegen versteht über die Lage, in welcher sich der russische Staat befindet, und daß er das schlimmste Los verdient, welches die Rache eines lange geknechteten Volkes der verbrecherischen Regierung bereiten kann.

Dieser Aufruhr in der russischen Kriegsmarine ist ein völlig neues, vielleicht in der Weltgeschichte noch nicht dagewesenes Ereignis. Militäraufstände sind in der Geschichte zwar nichts seltenes. Vor achtzig Jahren war Petersburg selbst der Schauplatz eines derartigen Aufruhrs, die Geschichte der letzten Jahre verzeichnete ebenfalls einen großen Aufstand der Kriegsmarine in Brasilien gegen die republikanische Regierung. Doch keiner dieser Militäraufstände läßt sich auch nur annähernd mit dem Aufruhr in Odessa vergleichen. In allen bisherigen Fällen waren Offiziere, oftmals sogar der höchsten Grade, die Urheber und Anführer der militärischen Revolten, wie z. B. in Brasilien, wo der kommandierende Admiral Mello das Zeichen zu der Marinerevolte gab. Der einfache Soldat spielte in solchen Fällen nur die Rolle eines mehr oder minder unwissenden, die Ursachen und Ziele der plötzlichen Aufwallung nicht kennenden Werkzeuges. In diesem Falle verhält sich die Sache ganz entgegengesetzt. Auf dem „Potemkin“ empörte sich eben der gewöhnliche Soldat, ja, er empörte sich nicht nur gegen seine direkten Vorgesetzten, gegen seine Offiziere, sondern auch überhaupt gegen die Regierung und die Regierungsform seines Staates.

Alles, was sich in Odessa ereignete, beweist doch deutlich, daß die Revolte der Potemkinschen Besatzung

in vollster Bedeutung des Wortes eine politische Revolution war und daß die russischen Marinesoldaten sich des Charakters ihrer Tat wohlbewußt waren.

Und dies ist das Neue in der Geschichte.

Um die politische Tragweite dieser Tatsache gehörig beurteilen zu können, müssen wir uns vor allen Dingen die Dienstordnung in den Kriegsmarinen vergegenwärtigen. Bekanntlich ist doch die auf den Schiffen herrschende Disziplin eine sehr strenge und ihr gegenüber ist die Disziplin im Landheere geradezu ein Kinderpiel. Jeder Schiffsbefehlshaber ist gegebenenfalls Herr über Leben und Tod seiner Untergebenen. Und eine solche Disziplin ist auf dem von so vielen Gefahren strotzenden Meere erforderlich.

Deshalb fühlt sich der an den blinden Gehorsam gewöhnte Marinesoldat hundertmal mehr als Maschine, als Werkzeug in den Händen seiner Vorgesetzten, als der Soldat auf dem Lande. Wenn nun der eiserne Ring der Disziplin auf dem Potemkin vollständig barst, müssen dies wichtigere Gründe, als die einfache Unzufriedenheit mit der schlechten Kost verursacht haben. Der russische Soldat ist übrigens in dieser Hinsicht sehr bescheiden und anspruchslos, wie er es erneut in der Mandschurei beweist, woselbst er Hunger und alle anderen persönlichen Beschwerden mit beispiellosem Gleichmut erträgt. Seit längerer Zeit schon verlautete zwar gerüchtheil, daß die Marinesoldaten der russischen Schwarzmeerflotte von ihren Offizieren geradezu grausam behandelt würden. Die barbarische Tat des Potemkinschen Kapitäns, welcher den über schlechte Kost sich beschwerenden Soldaten, ohne gerichtliches Urteil, auf der Stelle tötete, konnte denn auch die Besatzung aufs äußerste entrüsten. Aber auch diese Umstände erklären noch nicht gehörig die Ereignisse, welche sich demnächst abspielten. Diese konnten nur politische Beweggründe hervorrufen. Dies wird übereinstimmend durch alle Mitteilungen bestätigt, dies wird auch durch die Tatsache des gleichzeitigen Ausbruchs einer Revolte der Libauer und Kronstadter Marinesoldaten erhärtet. Die sozial-revolutionären Ideen drangen tatsächlich in die Reihen der russischen Marine ein und fanden dort gerade in den Gemütern der einfachen Soldaten Aufnahme. Es nützte also nichts, daß man diese armen Menschen systematisch in Unkenntnis hielt, die revolutionäre Strömung durchbrach siegreich auch das in solchen Fällen am schwierigsten zu überwältigende Hindernis.

Angeichts dessen erscheint die Möglichkeit, daß sie auch in die Reihen der Landarmee eindringen werde, mehr denn wahrscheinlich. An manchen Stellen ist dies sicherlich bereits geschehen. Die Empörung auf dem Potemkin aber wird zweifellos einen mächtigen Ansporn nach dieser Richtung hin bilden und sollten auch sogar alle Marinesoldaten dieses Schiffes ihren Verzweiflungsschritt mit dem Leben bezahlen. Wenn

wir noch die mächtige Gährung hinzufügen, welche gleichfalls in den Offizierskreisen herrscht und welche durch die unlängst stattgehabte Versammlung der Gardeoffiziere in Petersburg bewiesen wird, so muß ein umfangreicherer Anschluß des Heeres an die allgemeine revolutionäre Bewegung nur als eine kurze Frage der Zeit erscheinen.

Und dies wird keineswegs eine merkwürdige Erscheinung sein. Gerade die russische Armee und Marine haben am empfindlichsten die Folgen der sittlichen Fäulnis des absolutistischen Systems erprobt. Dieses führt die russische bewaffnete Macht von Niederlage zu Niederlage, gewiß zum ziel- und zwecklosen Opfern des Lebens oder zur Ertragung der fürchterlichsten Qualen und Strapazen. Die in der Geschichte noch nicht dagewesenen Blutbäder bei Liaujan, Mukden, Port Arthur und bei der Insel Tschushima mußten das Vertrauen der Soldaten zu ihren Führern, welche ihnen von dem alleinherrschenden Zaren gegeben wurden, untergraben. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Empörung auf dem „Potemkin“ nur eine natürliche Folge der Niederlage bei Tschushima ist. Eine fürchterliche Ironie des Schicksals hat es bewirkt, daß die noch einzige Flotte, welche Rußland nach der Niederlage auf dem Meere geblieben ist, sich in einem Bruderkampfe umbringen muß. Die geschichtliche Remesis hat wohl noch niemals fürchterlicher die Urheber eines verbrecherischen Blutvergießens gestraft.

Der Zar erblaßte, als er die unglückliche Botschaft erhielt. Doch seine reaktionäre Umgebung will die Sache noch nicht verloren geben. Sie hat die Absicht, die revolutionäre Bewegung durch eine neue allgemeine Reservisteneinberufung zu unterdrücken. Die angeordnete frische Mobilmachung soll nur diesen Zweck im Auge haben, nicht aber eine noch längere Kriegsführung. Und wiederum bewahrheitet sich das Sprichwort, daß „Deus dementat, quos perdere vult“. Dieses Mittel kann lediglich die Empörung der Armee erleichtern. Es ist dies also nur eine Beschleunigung der Katastrophe, welche für den Zaren despotismus um so schrecklicher sein wird, je mehr sie die verzweifelte Bevölkerung herausfordern wird.

In diesem Augenblick geht die amtlich noch nicht bestätigte Nachricht ein, daß die Besatzungsmannschaften des „Potemkin“ sich dem Admiral Krieger ergeben hätten; ferner, daß der Admiral Tschuchnin den Befehl erhalten habe, alle Marinesoldaten dieses Schiffes aufzuhängen. Tschuchnin ist als ein wahrer Menschenhacker bekannt. Glaubt jedoch die Zarenregierung, daß sie durch dieses drakonische Mittel dem weiteren Umsichgreifen des revolutionären Geistes in der Armee wird begegnen können? Wenn sie darauf rechnet, wird sie sich schrecklich täuschen. Aus dem Blut dieser unglücklichen Wahnsinnigen können Rächer hervorgehen, welche das morsche Gebäude der zarischen Selbstherrschaft vernichten werden.

